

# LANDTAGS NACHRICHTEN

25. April  
3 / 2012

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



+++ Solarkürzungen und Energiewende +++ Doppelhaushalt 2012/2013 +++ Tätigkeitsbericht 2011 des Petitionsausschusses +++ Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ konstituiert +++ Landesfinale „Jugend debattiert“ +++ „Tag der offenen Tür“ im Landtag +++ Nutzung des Schlosses nach dem Brand von 1913



3	GASTKOLUMNE	„Zwischen Machbarem und Machtgebaren“ Kommentar von Frank Pfaff, Leiter des dpa-Studios Schwerin, zum Landshaushalt 2012/2013
4 – 18	AUS DEM PLENUM	
4 – 5	AKTUELLE STUNDE	„Solarkürzungen gefährden Energiewende und Arbeitsplätze in Mecklenburg-Vorpommern“
6 – 18	BERICHTE	
6 – 9		Erste Lesung zum Doppelhaushalt des Landes 2012/2013
10		Wo das Geld herkommt – Die Einnahmen des Landes
11		Wo das Geld hingehet – Die Ausgaben des Landes
12		Interview mit dem Vorsitzenden des Finanzausschusses Torsten Koplin
13		Tätigkeitsbericht 2011 des Petitionsausschusses
14		Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“
15		Beschlüsse der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz und des Parlamentsforums Südliche Ostsee
16 – 17	WEITERE BESCHLÜSSE	Staatsvertrag zur Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg Landkreisneuordnungsgesetz CO <sub>2</sub> -Speicherungsausschlussgesetz Wahl von Mitgliedern im Landesplanungsbeirat Nachhaltiges Schulnetz entwickeln Fotovoltaik in Mecklenburg-Vorpommern
18	PRO & KONTRA	Soll die Bundesregierung das ACTA-Abkommen unterzeichnen?
19 – 20	AUS DEN AUSSCHÜSSEN	Anhörung im Innenausschuss zur Polizeiausbildung an der FH Güstrow Informationsfahrt des Wirtschaftsausschusses zur ITB in Berlin Mitglieder der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“
21 – 22	PANORAMA	Landesfinale „Jugend debattiert“ Tag der offenen Tür im Landtag, Volksinitiative Theater
23	SCHLOSSGESCHICHTEN	Nutzung des Schlosses nach dem Schlossbrand von 1913 – Die Abdankung des Großherzogs 1918
		Titelfoto (Uwe Sinnecker), Schweriner Schloss, Ostseite

**IMPRESSUM**

Herausgeber:  
**Landtag Mecklenburg-Vorpommern**  
 - Öffentlichkeitsarbeit -  
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin  
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525-2151  
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de  
 Internet: www.landtag-mv.de

**Redaktion:**  
 Referat Öffentlichkeitsarbeit,  
 Claudia Richter

**Layout:** Uwe Sinnecker,  
 www.uwe-sinnecker.de

**Druck:** produktionsbüro TINUS  
 Gedruckt auf Recyclingpapier

Zugunsten des Leseflusses und aus  
 Platzgründen haben wir bei der  
 Bezeichnung von Menschengruppen  
 manchmal nur die männliche Form  
 verwendet. In solchen Fällen ist die  
 weibliche Form mitgedacht.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge  
 geben nicht in jedem Fall die Meinung  
 des Herausgebers wieder.

Alle Abbildungen sind urheberrechtlich  
 geschützt. Nachdruck nur mit schrift-  
 licher Genehmigung des Herausgebers.

Die LANDTAGSNACHRICHTEN können  
 kostenlos bezogen werden. Bestel-  
 lungen sind an den Herausgeber zu  
 richten.

# Zwischen Machbarem und Machtgebaren

Scheinbar unbeeindruckt von den weltweiten Finanzturbulenzen, ungeheuren Rettungsschirmen und Landesregierungen, die über Schuldenberge stolpern, geht Mecklenburg-Vorpommern seinen Weg. Legt ausgeglichene Etats vor. Tilgt Schulden. Häuft sogar Rücklagen für schlechte Zeiten an. „Solide Haushaltspolitik“ nennt es SPD-Finanzministerin Heike Polzin. Die Kritik der Opposition lässt sie abtropfen. Doch wie sieht es aus hinter dem Schutzschild des ewigen Mantras „Solide Haushaltspolitik“?

Rund sieben Milliarden Euro gibt das Land alljährlich aus. So soll es auch 2012 und 2013 sein. So steht es im Etatentwurf der Landesregierung, der nun den Landtagsabgeordneten zur Beratung vorliegt.

Wer genau hinsieht, erkennt, dass nur gut die Hälfte der Ausgaben durch eigene Steuereinnahmen gedeckt werden kann. Der Rest kommt als Sonderzuweisungen vom Bund und von anderen Bundesländern, die im Rahmen von Länderfinanzausgleich und Solidarpakt kräftig zubuttern.

**„ Doch mit bloßem Sparen lassen sich die Probleme, die das Land zweifellos hat, nicht lösen. „**

Mecklenburg-Vorpommern profitiert auch zwei Jahrzehnte nach der Wende noch erheblich von den milliardenschweren Aufbauhilfen. Und auch von den enormen Zuschüssen der EU. Doch Brüssel gewährt nur noch bis 2013 die Höchstförderung, und bis 2019 versiegen nach und nach auch die Mittel aus dem Solidarpakt völlig. Das ist die Realität. Und das ruft Polzin allen in Erinnerung, die Mehrausgaben fordern oder Steuererleichterungen. Man kann es Weitsicht nennen, oder einfach nur Einsicht in Notwendigkeiten, dass Polzin den Fuß auf der Ausgabenbremse hält.

Doch mit bloßem Sparen lassen sich die Probleme, die das Land zweifellos hat, nicht lösen. Das haben SPD und CDU offenbar erkannt. In Teilen zumindest: Den chronisch klammen Kommunen soll mit einem Entschuldungsfonds und zusätzlichen Investitionsbeihilfen unter die Arme gegriffen werden. Auch für die Kinderbetreuung langt das Land nochmals in die Tasche. Kommunal- und Sozialpolitiker der beiden Regierungsparteien haben schon bei den Koalitionsverhandlungen im vorigen Herbst dafür den Weg bereitet.



*Frank Pfaff (51) ist seit vielen Jahren für die Nachrichtenagentur dpa als landespolitischer Korrespondent und Leiter des Büros in Schwerin tätig.*

Bildungs- und Kulturpolitiker aber, so scheint es, waren damals zu leise am Verhandlungstisch. Nachvollziehbar, dass Theaterleute und Lehrer nun selbst lautstark fordern, auch bedacht zu werden. An den Bühnen droht der Kahlschlag. Und die große Zahl von Ausfallstunden an den Schulen und der hohe Anteil von Schülern ohne Abschluss werfen ein bezeichnendes Licht auf die teilweise dramatische Situation dort.

Die Opposition hat dies als Schwachstellen der Regierungspolitik ausgemacht und in der ersten Haushaltsdebatte Änderungen angemahnt. Doch die reflexartigen Antworten der Koalitionäre lassen vermuten, dass es in den Etatberatungen der Fachausschüsse weniger um die Sache(n) gehen wird, als vielmehr um das Prinzip. Um das Prinzip, dass eine Regierung sich nichts von der Opposition sagen lässt und damit ihre Macht demonstriert. Dabei sind sich beide Lager im Grundsatz einig, dass angesichts von 400 Millionen Euro an Zinszahlungen pro Jahr die Zeit des Schuldenmachens vorbei sein muss! Eigentlich eine gute Voraussetzung, um – der Sache(n) wegen – nach Kompromissen zu suchen und Möglichkeiten auszuloten, Geld von einem wichtigen in einen noch wichtigeren Bereich zu verschieben. Dass die Mittel nicht ausreichen, um jeden zufrieden zu stellen und alle Wünsche zu erfüllen, dürfte jedem der 71 Abgeordneten klar sein. Auch, dass sich die Theater um des Überlebens willen wohl von lieb gewordenen Dingen verabschieden müssen und nicht jedes Dorf mit fünf Neugeborenen im Jahr seine Schule behalten kann.

Wer die Realitäten, auch und gerade die finanziellen, erkennt, wird mit Sicherheit Probleme nicht lösen, sondern eher vergrößern. Politik ist die Kunst des Machbaren. Und – selbst auf die Gefahr hin, dass es naiv klingen mag – Politik ist mehr als Machtgebaren.

**Frank Pfaff**

# Hitzige Debatte zu Solarstrom-Förderung

Aktuelle Stunde zeigte Uneinigkeit bei Koalitionsfraktionen

Die Produktion von Solarstrom erlebt in Deutschland einen Boom. Doch die Bundesregierung hatte angekündigt, zum 1. April die Zuschüsse für Investoren zu kürzen. Die Pläne trafen in der Aktuellen Stunde am 14. März im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern auf breite Ablehnung. Die Koalitionspartner stritten über das Tempo der Kürzungen. Während die CDU die Pläne des Bundes als gerechtfertigt verteidigte, forderte die SPD Nachbesserungen.

Der SPD-Abgeordnete **Rudolf Borchert** forderte längere Fristen für die Absenkung der Solarförderung. Sonst verlieren Investoren seiner Meinung nach das Vertrauen in die Bundesregierung. Damit seien auch bereits genehmigte Projekte und die angestrebte Energiewende insgesamt gefährdet. Er warf der Regierung in Berlin vor, „mit ihren Kürzungsplänen Chaos“ und Unsicherheit in der Solarbranche zu verbreiten. „Anstatt mit Bedacht und Augenmaß die Vergütungen schrittweise an die Kostenentwicklungen anzupassen und die Systemintegration der Fotovoltaik voranzutreiben, vollzieht die Bundesregierung eine systematische und gewollte Kehrtwende“, kritisierte er. Die deutsche Solarindustrie könne nur gegen die Billigkonkurrenz aus China bestehen, wenn sie hoch innovativ ist. Er forderte Investitionen in Forschung und Entwicklung.

Fotos: Uwe Baleswski



Rudolf Borchert (SPD)



Dr. Mignon Schwenke (DIE LINKE)

Nach Angaben von **Dr. Mignon Schwenke** (DIE LINKE) hat sich die Einspeisevergütung für Ökostrom seit 2008 bereits halbiert. Die nun geplante Kürzung sei in der Höhe indiskutabel und komme auch zu einem falschen Zeitpunkt. Die Branche rechne mit Auftragseinbrüchen von 50 bis 60 Prozent. Kritik übte die Parlamentarierin auch an der „ausufernden Entlastung der energieintensiven Industrie“ durch die Bundesregierung. Die Entlastung der Großindustrie um 10 Milliarden Euro müssten die Privathaushalte und der Mittelstand auffangen. „Die Installateure bleiben auf ihren bestellten Waren sitzen, Häuslebauern und Investoren bricht die Finanzierung ihrer Fotovoltaik-Anlagen weg, Firmen beantragen Kurzarbeit beziehungsweise entlassen sogar Leute“, warnte sie.

Der CDU-Abgeordnete **Wolfgang Waldmüller** verwies auf die überproportional hohe Förderung der Solarenergie. Sie schlucke 56 Prozent der Mittel aus der Erneuerbare-Energien-Umlage, trage in Mecklenburg-Vorpommern aber nur drei Prozent zur Stromproduktion bei. Die Windkraft, die für das Land deutlich größere Bedeutung habe, müsse mit etwa einem Zehntel der Förderung auskommen. Nach Überzeugung Waldmüllers ist zudem die Belastungsgrenze für die Endverbraucher erreicht: „Wir dürfen die derzeit hohe Zustimmung der Bevölkerung zur Energiewende nicht aufs



Wolfgang Waldmüller (CDU)



Johann-Georg Jaeger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spiel setzen“, mahnte er. „Zur Wahrheit gehört auch, dass sich die Fotovoltaikförderung auf eines der sonnenärmsten Länder der Welt konzentriert. 50 Prozent der weltweiten Anlagen stehen in Deutschland und kosten den Bürger jährlich sechs Milliarden Euro, und das 20 Jahre lang“, konkretisierte er.

Der energiepolitische Sprecher der Grünen, **Johann-Georg Jaeger**, äußerte die Befürchtung, dass die reduzierte Förderung zu einem drastischen Einbruch beim Aufstellen neuer Solaranlagen führt und damit ein Verlust von über 100.000 Jobs in Deutschland einhergehen wird. „Die Bundesregierung fängt bei der Sonnenenergie an zu kürzen, können wir alle nur hoffen, dass sie bei der Windenergie nicht weitermacht“, erklärte der Abgeordnete. „Um die Energiewende zu verstehen, muss klar sein, dass wir in allen Teilen Deutschlands Solarstrom und Windstrom und auch Biogasstrom produzieren müssen.“ Sonst entstünden „gigantische Probleme“ beim Austausch der Strommengen in Deutschland. Das würde sich nicht rechnen. Die volkswirtschaftliche Bilanz müsse beachtet werden. Er forderte, Großverbraucher von Strom wieder an der EEG-Umlage zu beteiligen.

Die nächsten Kürzungen sollen nach dem Willen der Sozialdemokraten nicht zum 1. April, sondern erst zum 1. Juli wirksam werden. „Ich will mich im Bundesrat gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Regierungschefs für Änderungen einsetzen“, kündigte Ministerpräsident **Erwin Sellering** in der Aktuellen Stunde an. Er appellierte an die CDU, ihre Haltung zu überdenken, und verwies darauf, dass auch die CDU-geführten Länder Thüringen und Sachsen-Anhalt Widerstand angekündigt haben. Es liege im gemeinsamen Interesse der ostdeutschen Länder, dass die Pläne noch einmal überarbeitet werden. Gerade im Osten setze die Wirtschaft auf Zukunftstechnologien, die langfristiges Wachstum und

qualifizierte Arbeitsplätze versprechen. „All dies trifft auf die erneuerbaren Energien zu, und deshalb haben sie für uns eine besondere Bedeutung“, erklärte der Ministerpräsident.

Der NPD-Abgeordnete **Udo Pastörs** bezeichnete die bisherige Förderpraxis als „Solarstromschwindel“, den „kleine Haushalte“ zu zahlen hätten. Die Solarenergie müsse langfristig „aus sich selbst heraus lebensfähig“ sein. „Das ist nicht zu machen, indem man hier Subventionen fortschreibt bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag“, betonte er. Bei den Energiekonzepten dürfe der Markt nicht ausgekoppelt werden. Er stellte bereits eine Abkehr potenzieller Investoren von der Solarenergie fest, weil diese sich nicht rechnen. Das Ausland wie Tschechien und Polen schere sich „einen feuchten Kehrlicht darum, was Rot-Grün, oder was auch immer für Konstellationen in Berlin regieren werden, hier tut. Die bauen ganz klar ihre Atomkraft aus und werden dadurch Wettbewerber sein am internationalen Strommarkt“, sagte er. Deutschland sei kein „Elfenbeinturm“.

Der CDU-Abgeordnete **Jürgen Seidel** bewertet das EEG grundsätzlich als Erfolgsmodell. Länder, die dieses Gesetz für erneuerbare Energien nicht haben, kämen weniger voran, sagte er. Aber erneuerbare Energien müssen seiner Überzeugung nach auch marktfähig sein. Deshalb müsse die Förderung immer wieder neu überdacht werden. „Ein Energieträger, der knapp drei Prozent der Bruttostromerzeugung bringt und 56 Prozent der Subventionen verschlingt, der muss doch hinterfragt werden“, betonte er. Bei der Subventionierung komme es auch auf den Standort an. Für Mecklenburg-Vorpommern mache es Sinn, in die Windkraft und eingeschränkt auch in Biogas sowie Biomasse zu investieren. Insgesamt gelte, Energie müsse umweltgerecht, versorgungssicher und bezahlbar sein.

### Erneuerbare-Energien-Gesetz

Am 29. März 2012 verabschiedete der Bundestag das EEG-Änderungsgesetz (Erneuerbare-Energien-Gesetz). Beschlossen wurden unter anderem die Kürzung der EEG-Vergütung sowie eine Kappung der vergütungsfähigen Strommengen. Mehrere ostdeutsche Länder haben bereits mit einer Blockade im Bundesrat gedroht.



Ministerpräsident Erwin Sellering



Udo Pastörs (NPD)



Jürgen Seidel (CDU)

# Landtag mit erster Etat-Debatte

Koalition will soliden Haushalt / Opposition will mehr Geld für Bildung

Es wird das „Königsrecht“ des Parlaments genannt – das Haushaltsrecht. Auf der Landtagssitzung am 14. März stand der neue Etat erstmals in dieser Wahlperiode auf der Tagesordnung. Den Gesetzentwurf für den Doppelhaushalt 2012/13 hatte die Landesregierung vorgelegt. Er wird in den kommenden Monaten von den Ausschüssen, federführend im Finanzausschuss, beraten. Im Juni soll der endgültige Etat dann im Landtag beschlossen werden. Weil im vorigen Herbst das Parlament neu gewählt wurde und sich die Fraktionen und die Fachausschüsse nach der Wahl zunächst konstituieren mussten und auch die Landesregierung neu gebildet wurde, beginnen die Etatberatungen erst jetzt.

## Die Ziele

Die Regierung will ihren Sparkurs halten und erneut eine Neuverschuldung vermeiden. Die Opposition dagegen sieht Spielräume für Mehrausgaben, vor allem für Bildung, Kommunen und Energiewende.

## Die Eckdaten

Pro Jahr sind Gesamtausgaben von gut 7 Milliarden Euro geplant. Genau umfasst der Etat für dieses Jahr Ausgaben in Höhe von 7,22 Milliarden Euro, für 2013 dann 7,18 Milliarden. Im vorigen Jahr waren es 7,3 Milliarden Euro. Neue Kredite will das Land – wie schon seit 2006 – weiterhin nicht aufnehmen und nur so viel ausgeben, wie es einnimmt. Die zuvor angehäuften Schulden betragen knapp 10,4 Milliarden Euro. Die Rückzahlung von Krediten – wie im Vorjahr mit 100 Millionen Euro erfolgt – ist bislang nicht vorgesehen.

## Der Entwurf

Mecklenburg-Vorpommerns Finanzministerin **Heike Polzin** brachte den Entwurf ins Parlament ein und verteidigte die sparsame Finanzpolitik der SPD/CDU-Regierung. Forderungen der Opposition nach zusätzlichen Ausgaben wies sie zurück. „Das ist in der Opposition sicherlich auch legitim. Verantwortungsvolle Regierungsarbeit darf aber so nicht aussehen“, betonte sie. Das Land nutze die Mehreinnahmen aus Steuern, um zusätzliches Geld an Kommunen und Kitas zu geben und Familien zu entlasten. „Doch es wäre fahrläs-

## Doppelhaushalt 2012/2013

Der Landeshaushaltsplan für die Jahre 2012 und 2013 wiegt 7 kg und besteht aus 15 Bänden mit 2.500 Seiten. So voluminös er auch ist: Im Grunde verrät der Name, dass es sich dabei um etwas handelt, das alle von zu Hause kennen: Eine Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben. Aus einer solchen Übersicht kann man einschätzen, was man sich leisten kann und was nicht.



Foto: Uwe Bajewski

Finanzministerin Heike Polzin

sig und verantwortungslos, diesen einmaligen Überschuss aus dem vergangenen Jahr für dauerhafte Ausgaben nutzen zu wollen“, sagte sie. Schon jetzt müsse das Land pro Tag mehr als eine Million Euro an Zinsen zahlen. Polzin wies auch auf kommende Einnahmeverluste hin. „Wir denken langfristig, denn schon im Jahr 2020 – und das ist das Jahr, auf das wir hier in Mecklenburg-Vorpommern ganz besonders schauen – wird sich zeigen, ob wir unsere Hausaufgaben tatsächlich gemacht haben“, unterstrich die Ministerin. „Dann muss unser Land ohne die Mittel aus dem Solidarpaket auskommen. 2011 hatten wir noch Einnahmen von 846 Millionen Euro in diesem Bereich, im nächsten Jahr werden es über 150 Millionen Euro weniger sein.“ Auch die Förderung mit Mitteln des Bundes und der EU sei rückläufig.

**„Wir denken langfristig, denn schon im Jahr 2020 muss unser Land ohne die Mittel aus dem Solidarpaket auskommen.“**

Insgesamt aber stehe Mecklenburg-Vorpommern besser da, „als manche Kritiker behaupten. Im vergangenen Jahr zählten wir zu den wenigen Ländern, die es geschafft haben, einen Überschuss zu erzielen“, sagte die Ministerin. Sie rechne fest mit weiter steigenden Steuereinnahmen. Die Zusatzeinnahmen des Vorjahres sollen Kommunen und Kitas zugutekommen und als Rücklagen für schlechtere Jahre dienen. Allein die Kommunen können mit zusätzlich 150 Millionen Euro rechnen, mit denen sie ihre Haushalte in Ordnung bringen und wichtige Investitionen auslösen sollen. In den Kitas sollen die Gruppengrößen verringert werden, die monatlichen Krippenbeiträge für Eltern werden um 100 Euro verringert. In der eisernen Reserve, der Rücklage, sollen 500 Millionen Euro gebunkert werden. „Finanzpolitik braucht ein solides Fundament“, betonte Ministerin Polzin.

**Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen in M-V im Jahr 2010****Die Aussprache**

Die Opposition warf in der Aussprache der SPD/CDU-Koalition vor, die Finanzpolitik dem Spardiktat zu unterwerfen. „Der vorgelegte Entwurf des Doppelhaushalts zeigt, dass die Große Koalition nicht gewillt ist, die brennenden Probleme anzupacken“, kritisierte Linke-Fraktionschef **Helmut Holter**. „Aber wo ist denn tatsächlich Ihre Politik für die Zukunft? Wo ist Ihr Konzept für Innovation und Investitionen?“, fragte er. Er hielt der Regierung vor, dem Bildungsbereich dringend benötigte Gelder vorzuenthalten. „Das ist eine Bankrotterklärung gegenüber der Zukunft der jüngeren Generation“, sagte er. Seine Fraktion fordert einen Zukunftsfonds Bildung, der mit 50 Millionen Euro ausgestattet werden soll. Mehr Geld fordert die Linke zudem für Kommunen, Arbeitsmarktmaßnahmen und die Theater. Dafür müsse das Land keine neuen Schulden machen, sondern solle die Rücklagen angreifen. „Dafür sind keine rekordverdächtigen 500 Millionen Euro nötig. Wir sagen, 400 Millionen sind ausreichend“, sagte Holter. Sein Fazit lautete: „Ihr Doppelhaushalt ist herzlos. Sie haben weniger die Menschen im Blick als sich selbst.“

„Wir halten an unserem Ziel, Zukunft aus einer Kraft, fest“, sagte der SPD-Finanzpolitiker **Tilo Gundlack**. Er bezeichnete den Etatentwurf als Beispiel für solide Haushaltsplanung. Im Interesse der kommenden Generationen seien Ausgabendisziplin und Prioritätensetzung vonnöten. „Ich freue mich, dass es mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 gelingen wird, trotz Haushaltskonsolidierung die wichtigsten Zukunftsfelder für unser Land auskömmlich zu finanzieren“, betonte er. Die Koalition wolle die Pro-Kopf-Verschuldung im Land nicht weiter anwachsen lassen. „Wir tragen aktuell einen Schuldenberg von 10,34 Milliarden Euro vor uns her. Das sind 6.386 Euro pro Einwohner“, sagte er. Dieser Wert, der etwa dem Verschuldungsgrad von 2009 entspreche, sei nur erreicht worden, weil aus dem Haushaltsüberschuss im Vorjahr 100 Millionen Euro Schulden getilgt werden konnten. Auch zukünftig sollen laut Gundlack Haushaltsüberschüsse für die Schuldentilgung eingesetzt werden. Darüber hinaus plane die SPD-Fraktion etwa 500 Millionen

Euro als allgemeine Rücklage, um konjunkturbedingte Einnahmeschwankungen ausgleichen zu können und nicht in schlechten Zeiten sofort neue Kredite aufnehmen zu müssen. Wichtig sei auch, für eine hohe Investitionsquote zu sorgen. Im Doppelhaushalt seien 1,1 Milliarden Euro pro Jahr für Investitionen veranschlagt.

Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** rief dagegen zu verstärkten Anstrengungen in der Bildung, aber auch bei der Energiewende auf. Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik dürfe sich nicht im Sparen erschöpfen, sondern müsse darauf zielen, „gute Bedingungen für unsere Kinder und viele Generationen nach ihnen zu schaffen“. Die Schulpolitik sei geprägt von „sozialer Ungerechtigkeit“. Hier bestehe Handlungsbedarf. Im Haushalt spiegle sich das aber nur unzureichend wider, beklagte Suhr. Er erinnerte auch daran, dass die Landesregierung im Wahlkampf die Energiewende als einen Schwerpunkt ihrer Arbeit genannt hatte. Aber „der Haushaltsentwurf lässt nicht erwarten, dass Sie Ihren Worten Taten fol-

**Mittelfristige Finanzplanung**

Zusammen mit der Aufstellung des Haushaltsplans werden in der mittelfristigen Finanzplanung die voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben des Landes für die nächsten fünf Jahre prognostiziert. Die Mittelfristige Finanzplanung hat im Gegensatz zu dem im Gesetzgebungsverfahren förmlich festgestellten Haushaltsplan ausschließlich Programmcharakter. Sie wird deshalb dem Landtag nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die mittelfristige Finanzplanung soll für Regierung und Parlament Orientierungshilfe für die Haushaltsplanung und Entscheidungshilfe für die Bewertung einnahme- und ausgabewirksamer Maßnahmen sein. Der derzeit gültige Finanzplan für die Jahre 2011 bis 2015 wurde von der Landesregierung am 24. Januar 2012 beschlossen. Basis für den Finanzplan bildet der Haushaltsplan-Entwurf 2012/2013.

Drucksache 6/298

Foto: Jens Büttner



Zusätzliche Steuereinnahmen aus 2011 sollen u.a. den Kommunen zugutekommen.

gen lassen“, sagte Suhr. Er kündigte Änderungsvorschläge im Laufe der Etatberatungen in den Parlamentsausschüssen an.

**Egbert Liskow**, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, nannte Schuldenabbau, Zukunftsinvestition und Vorsorge als die drei wesentlichen Säulen der Finanzpolitik der Regierung. So würden die eigenen Investitionen des Landes mit 160 Millionen Euro ebenso hoch gehalten wie die Wirtschaftsförderung, für die 230 Millionen bereitstünden. Die Hochschulen erhielten 400 Millionen, die Schulen 800 Millionen Euro. Mit dem Verzicht auf neue Kredite Sorge die Landesregierung dafür, dass „Vergangenheit die Zukunft nicht auffrisst“. Er kündigte an, dass die CDU in den Ausschussberatungen eigene Akzente setzen werde. So müsse überprüft werden, welche EU-Förderprogramme sich bewährt haben und welche nicht. Es sollten nur solche Projekte weiter gefördert werden, die wichtig sind für das Land. Auch solle

#### Meinungen

Die große Koalition ist nicht gewillt ist, die brennenden Probleme anzupacken.

**Helmut Holter, DIE LINKE**

Wir halten an unserem Ziel, Zukunft aus einer Kraft, fest.

**Tilo Gundlack, SPD**

Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik darf sich nicht im Sparen erschöpfen.

**Jürgen Suhr, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Schuldenabbau, Zukunftsinvestition und Vorsorge sind die drei wesentlichen Säulen der Finanzpolitik der Regierung.

**Egbert Liskow, CDU**

Das Land wird noch Jahrzehnte am Tropf des Bundes und der EU hängen.

**Udo Pastörs, NPD**

Der Landesregierung fehlt der Mut, Gestaltungsspielräume zu nutzen.

**Jeannine Rösler, DIE LINKE**

Unbenommen hätten wir Grünen andere Schwerpunkte gesetzt.

**Johannes Saalfeld, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

überprüft werden, ob die Eichdirektion Nord, die einmal gegründet wurde, um Geld zu sparen, überhaupt noch sinnvoll ist. Es sei im Moment keine kostendeckende Einrichtung.

Nach Auffassung des NPD-Fraktionsvorsitzenden **Udo Pastörs** wirkt der Etat-Entwurf nur auf den ersten Blick „gar nicht so schlecht“. Das Land sitze auf einem Schuldenberg von mehr als zehn Milliarden Euro. Diese Last könne Mecklenburg-Vorpommern niemals abtragen. „Vollkommen ungeklärt ist, inwieweit sich die Milliardentransfers der deutschen Steuerzahler zugunsten Griechenlands, Spaniens und Italiens auf die Haushaltslage auch hier in Mecklenburg-Vorpommern auswirken werden“, sagte er. Das Land werde noch auf Jahrzehnte am Tropf der Subventionen des Bundes und der EU hängen. „Die nach 1990 geschaffene Infrastruktur verrottet schon längst wieder, weil Geld für die Unterhaltung fehlt. Die Finanzsituation der Landeshauptstadt ist ruinös. Schwerin ist pleite, das Land Mecklenburg-Vorpommern deindustrialisiert, die jungen Menschen und gut ausgebildeten Leute verlassen nach wie vor das Land“, zählte er auf.

Die Haushaltskonsolidierung versteht sich nach Auffassung von **Jeannine Rösler** (DIE LINKE) von selbst. „Mecklenburg-Vorpommern ist nach wie vor in hohem Maße von innerstaatlichen Transfers abhängig und zahlt Jahr für Jahr Schuldzinsen in dreistelliger Millionenhöhe“, begründete sie. Aber Einnahme- und Ausgabenseite müssten gleichermaßen betrachtet werden. Der Landesregierung fehle der Mut, Gestaltungsspielräume im Land zu nutzen: „Was nützt dem Land ein prall gefüllter Sparstrumpf, wenn uns in der Zukunft die Kostenlawine einholt, die heute durch Untätigkeit verursacht wird?“ Im Doppelhaushalt gebe es keinen Schwerpunkt „Bildung“, kritisierte sie. Falsch sei auch, weniger Mittel in der Jugendarbeit zu planen. „Zwar haben wir weniger Kinder und Jugendliche und die Förderung orientiert sich an diesen Zahlen, aber wir haben doch nicht weniger Probleme, ganz im Gegenteil“, sagte sie. Die Linke werde in den Beratungen auch die Wohnraumförderung thematisieren.

**Johannes Saalfeld** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zollte der Landesregierung Respekt für einen ausgeglichenen Haushalt ohne Neuverschuldung. „Unbenommen hätten wir GRÜNEN andere Schwerpunkte gesetzt“, sagte er. „Dennoch müssen wir anerkennen, dass diese Haushaltspolitik im Bundesgebiet sowie auch weit darüber hinaus beispielhaft ist.“ Er kritisierte aber, dass keine Schuldentilgung geplant sei.



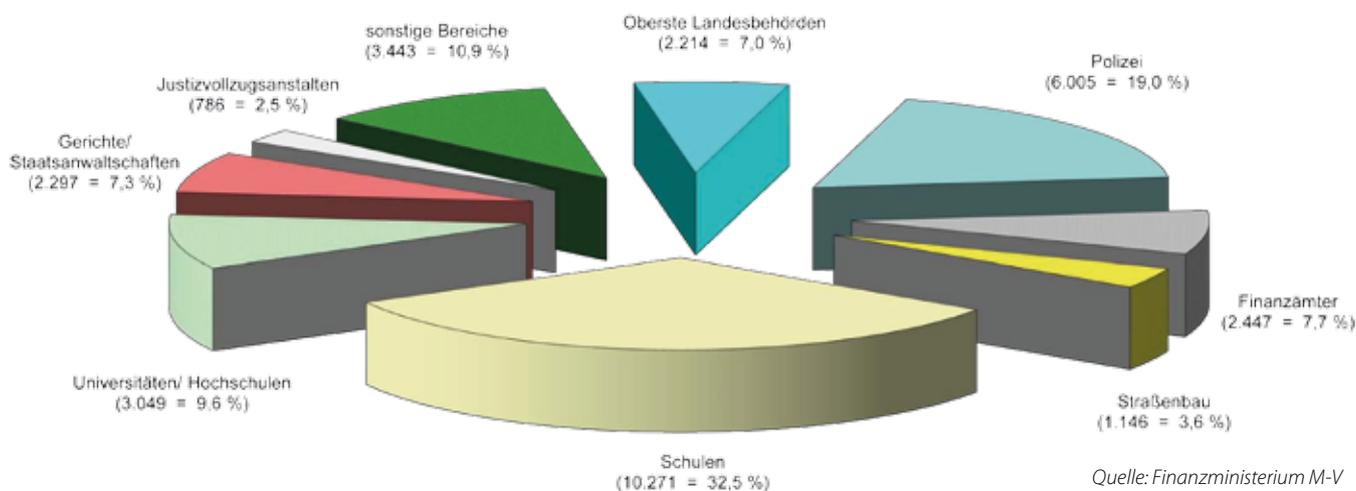
Foto: Jens Büttner

6005 Polizisten sorgen in Mecklenburg-Vorpommern für Sicherheit und Ordnung.

## Stellenverteilung in der Landesverwaltung nach Schwerpunktbereichen (nur Regelbereich)

### Entwurf Haushalt 2012 / 2013

Gesamtstellenzahl: 31.658  
Anfang 2012



„Hier hätte ich von der Landesregierung tatsächlich mehr erwartet.“ Er wies zudem auf einen Teilaspekt der Bildung hin, der seiner Meinung nach nicht ausreichend berücksichtigt wird im Etat: die geplante Inklusion, also die Integration und Teilhabe aller Kinder, „ob mit oder ohne Behinderungen“, wie er sagte. Diese habe der Bildungsminister mehrfach als die zentrale Herausforderung des kommenden Jahrzehnts, wenn nicht sogar des kommenden Jahrhunderts, bezeichnet. Das spiegle der Gesetzentwurf nicht wider. Das für die Energiewende vorgesehene Sondervermögen sei eine „echte haushaltspolitische Nullnummer“.

Im Anschluss an die Erste Lesung des Doppelhaushalts 2012/2013 verwiesen die Abgeordneten den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Beratung in alle Fachausschüsse. Der Finanzausschuss hat bereits einen Zeitplan festgelegt, der sieben Sondersitzungen beinhaltet und die Zweite Lesung und Beschlussfassung im Landtag für den 20. Juni 2012 vorsieht.

### Drucksachen

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Haushaltsgesetz 2012/2013 und  
Verbundquotenfestlegungsgesetz 2012/2013  
*Drucksache 6/300*

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Haushaltsgesetz 2012/2013  
*Drucksache 6/299*

Unterrichtung durch die Landesregierung  
Mittelfristige Finanzplanung 2011 bis 2015  
des Landes Mecklenburg-Vorpommern  
einschließlich Investitionsplanung  
*Drucksache 6/298*

### So entsteht der Haushaltplan des Landes

Der Entwurf des Haushaltsplans (seit 2002 als Doppelhaushalt) wird von der Landesregierung erarbeitet und vom Landtag nach eingehender Beratung beschlossen.

Der Prozess der Aufstellung eines Haushaltsplanes erstreckt sich über einen Zeitraum von mehreren Monaten:

- Zunächst melden die einzelnen Ministerien ihre Vorstellungen beim Finanzministerium an. Das Finanzministerium verhandelt diese mit den Ministerien und erstellt den Entwurf des Haushaltsplans. Die Landesregierung beschließt diesen Entwurf, und der Ministerpräsident leitet ihn an den Landtag weiter.
- Die Finanzministerin begründet den Haushaltsplanentwurf in ihrer Haushaltsrede (Einbringungsrede) vor dem Landtag. Der Landtag berät über die Vorlage in Erster Lesung (Gene-

ralaussprache) und verweist den Haushaltsplanentwurf federführend an den Finanzausschuss sowie an die anderen Ausschüsse zur Mitberatung. Der Finanzausschuss berät den Entwurf Punkt für Punkt und erarbeitet hierzu seine Beschlussempfehlungen.

- Der Haushaltsplanentwurf der Regierung und die Beschlussempfehlungen des Finanzausschusses werden im Landtag in einer Zweiten Lesung beraten. Der Landtag verabschiedet das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan.

- Der Ministerpräsident unterzeichnet das Gesetz und verkündet es im Gesetzblatt. Das Haushaltsgesetz tritt unabhängig vom Zeitpunkt seiner Verkündung jeweils am 1. Januar eines Jahres in Kraft.

# Wo kommt das Geld her?

Die Einnahmen des Landes

**Kaum jemand zahlt gern seine Steuern. Aber jeder will, dass sein Kind in eine ordentliche Schule geht und von qualifizierten Lehrern unterrichtet wird. Dass es gut in Kitas betreut wird und später studieren kann. Dass sich die Menschen sicher fühlen. Und auch, dass die Straßen in Ordnung sind. Das alles gehört zu den Aufgaben, für die auch die Länder verantwortlich sind.**

Die regulären Einnahmen im Landeshaushalt von rund 7 Mrd. Euro sind eingeteilt in vier Gruppen:

- Einnahmen aus Steuern und dem Länderfinanzausgleich
- Einnahmen aus den Bundesergänzungszuweisungen (BEZ)
- Sonstige laufende Einnahmen
- Investitionsgebundene Einnahmen

Die Steuern, die Mittel aus dem Länderfinanzausgleich sowie die Bundesergänzungszuweisungen bilden die Haupteinnahmen im Landeshaushalt. Aber nur rund die Hälfte dieser Einnahmen wird in Mecklenburg-Vorpommern selbst erwirtschaftet. Die andere Hälfte erhält das Land vom Bund und von anderen Bundesländern.

**Die Steuereinnahmen** in Mecklenburg-Vorpommern belaufen sich auf rd. 3,6 Mrd. Euro. Einen Anteil davon bekommt das Land über den Länderfinanzausgleich. Dieses System sorgt für einen solidarischen Ausgleich zwischen steuerstarken und steuerschwachen Ländern. Die steuerstarken Länder zahlen dazu Geld in einen gemeinsamen Ausgleichstopf

ein. Die steuerschwachen Länder erhalten aus diesem Topf Ausgleichszahlungen. Ziel ist, dass alle Bundesländer annähernd über gleiche Einnahmen pro Einwohner verfügen. Wie hoch die Zuschüsse ausfallen, wird weitgehend an die Einwohnerzahlen gekoppelt. Das bedeutet für Mecklenburg-Vorpommern: Bei schrumpfender Bevölkerung gehen auch die Ausgleichszahlungen aus dem Finanzausgleich zurück.

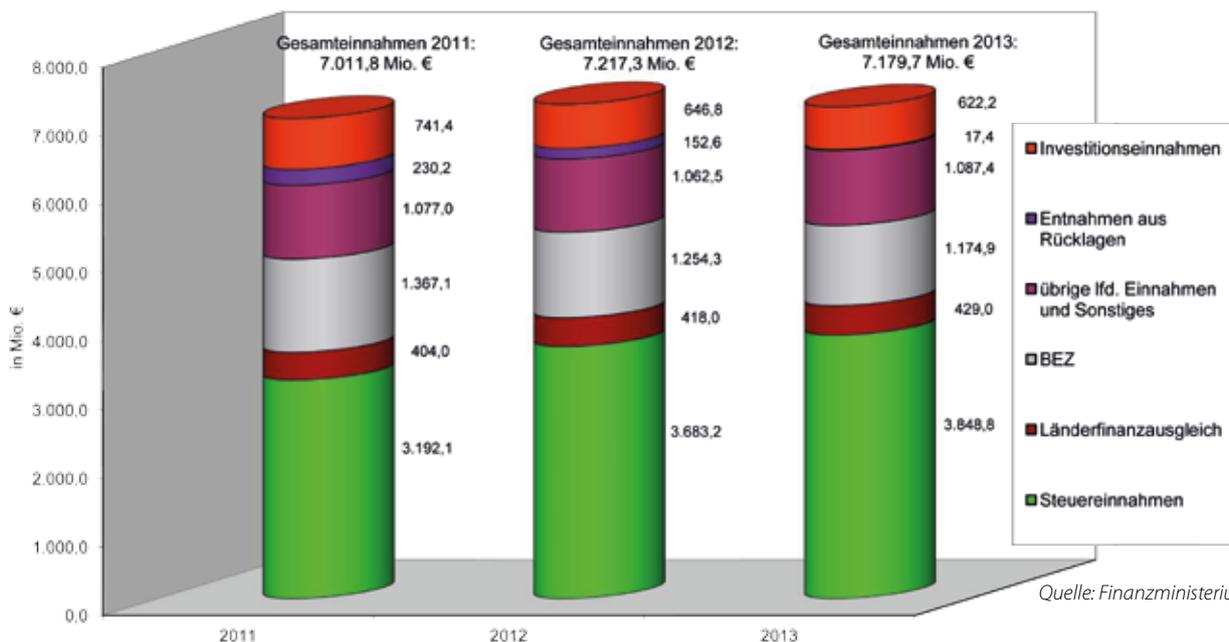
Rund 1,2 Mrd. Euro bekommt Mecklenburg-Vorpommern aufgrund von **Bundesergänzungszuweisungen**. Das sind z.B. Zahlungen des Bundes zum Abbau teilungsbedingter Sonderlasten, Hilfen des Bundes für finanzschwache Bundesländer und Mittel zum Ausgleich von Sonderlasten durch die strukturelle Arbeitslosigkeit.

Ein weiterer Einnahmeposten des Landes sind die **sonstigen laufenden Einnahmen**. Das sind alljährlich wiederkehrende Einnahmen, zum Beispiel aus Verwaltungsgebühren, die Bundesanteile zum Personennahverkehr, zum Wohngeld und zum BaföG oder Darlehensrückflüsse aus früheren Wohnungsbauförderungen.

Der letzte Einnahmeposten sind die Einnahmen, die an bestimmte Investitionen geknüpft sind. **Investitionseinnahmen** kommen vom Bund, zum Beispiel für die Wirtschaftsförderung, den Hochschulbau, die Städtebauförderung, für Investitionen in die Verbesserung der Agrarstruktur und den Küstenschutz; von der Europäischen Union für eine Vielzahl von Ausgaben, die im Ergebnis zu einer Steigerung des Bruttoinlandsprodukts von Mecklenburg-Vorpommern führen sollen.

Für schlechtere Zeiten hat Mecklenburg-Vorpommern in besseren Jahren erzielte Überschüsse zurückgelegt. Von dem Polster – den **Rücklagen** – zehrt das Land, so dass Mecklenburg-Vorpommern auch in den kommenden beiden Jahren dem Etat zufolge keine neuen Schulden aufnehmen muss.

**Haushaltsplan-Entwurf 2012 / 2013 (Einnahmen)**



# Wo geht das Geld hin?

## Die Ausgaben des Landes

2012 und 2013 hat Mecklenburg-Vorpommern Ausgaben in Höhe von rund 7,2 Milliarden Euro pro Jahr vorgesehen. Berechnet auf eine Minute heißt das: alle 60 Sekunden gibt das Land 13.731 Euro aus – das sind pro Tag etwa 19 Millionen Euro.

Zusatzeinnahmen des Vorjahres sollen zum einen Kommunen und Kitas zugutekommen und zum anderen als Rücklagen für schlechtere Jahre genutzt werden. Allein die Kommunen können mit zusätzlich 150 Millionen Euro rechnen, mit denen sie ihre Haushalte in Ordnung bringen und wichtige Investitionen auslösen sollen. In der eisernen Reserve, der Rücklage, sollen 500 Millionen Euro gebunkert werden.

Den mit rund 1,77 Euro Milliarden Euro (2012) und 1,8 Milliarden Euro (2013) größten Ausgabenblock bilden die Personalausgaben. Das sind fast 25 Prozent des Gesamthaushaltes.

Von den 31.658 Landesbediensteten sind über die Hälfte als Polizisten, Lehrer oder im Hochschulbereich tätig. In den Landesministerien selbst arbeiten etwa 2.200 Menschen.

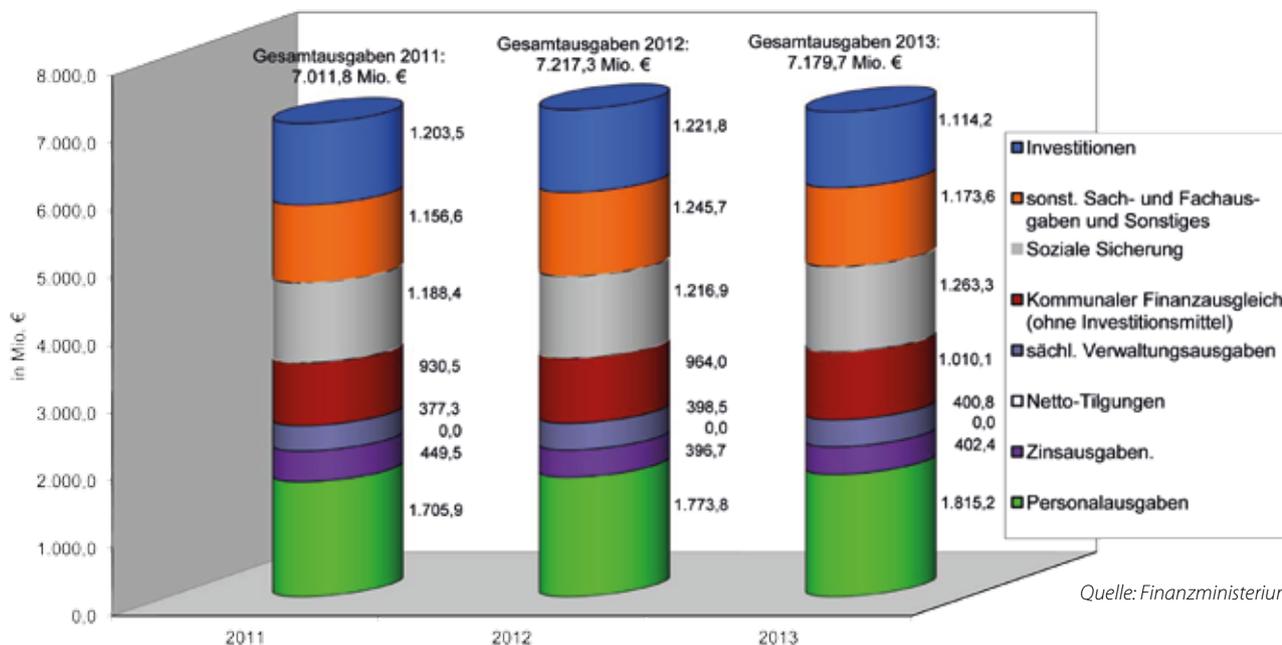
Die jährlich wiederkehrenden Ausgaben (sonstige laufende Ausgaben) dienen zum Teil direkt, zum Teil indirekt der Entwicklung und Erhaltung des Landes. In den Ausgaben von etwa 3,8 Milliarden Euro pro Jahr sind unter anderem die Ausgaben für die soziale Sicherung, die sächlichen Verwaltungsausgaben, die laufenden Zahlungen an die Gemeinden und Kreise im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs und die sogenannten sonstigen Sach- und Fachausgaben enthalten.

Mecklenburg-Vorpommern steckt mehr als doppelt so viel Geld in öffentliche Investitionen und Investitionsförderprojekte wie die westlichen Flächenländer. Das Land investiert rund 1,2 Milliarden Euro jährlich – die westlichen Flächenländer 0,5 Mrd. Euro.

Die Ausgaben für Zinsen betragen pro Jahr rund 400 Millionen Euro. Zinsen müssen auf die Schulden des Landes gezahlt werden. Sie sind der Preis für frühere Ausgaben, die über das Maß der regulären Einnahmen hinausgingen. Solange der Schuldenberg existiert, besteht die Gefahr steigender Zinsausgaben. Ziel muss es deshalb sein, nicht nur neue Schulden zu vermeiden, sondern auch alte Schulden abzubauen.

Geplante Ausgaben in Mio. Euro (Haushaltsentwurf)	2012	2013
Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur	1.403,6	1.422,4
Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales	1.002,3	1.042,0
Ministerium für Inneres und Sport	599,0	606,8
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz	480,3	484,3
Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus	427,0	414,9
Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung	465,1	473,2
Justizministerium	315,2	321,2
Finanzministerium	170,0	172,8
Staatskanzlei	13,9	13,9
Landesrechnungshof	6,9	6,9
Landtag	32,6	32,8

Haushaltsplan-Entwurf 2012 / 2013 (Ausgaben)



# Begründen, Abwägen, Beratschlagen

Finanzausschuss bearbeitet in den kommenden Monaten kompletten Haushalt



## Der Ausschussvorsitzende Torsten Koplin im Interview

**Das Kabinett hat einen Etatentwurf vorgelegt, den die Abgeordneten nach einer ersten Debatte jetzt zur Beratung an den Finanzausschuss überwiesen haben. Was passiert nun konkret im Ausschuss?**

Wir bearbeiten systematisch den kompletten Haushalt. Am Ende werden 2.116 Seiten einzeln aufgerufen, diskutiert und abgestimmt sein. Auf jeder dieser Seiten gibt es Haushaltstitel oder Stellenpläne, die sowohl in der Sache als auch in der Höhe des Mittelansatzes zu hinterfragen sind. Etwaige Änderungen werden von den Antragstellern begründet und gemeinschaftlich abgewogen. Die Landtagspräsidentin, der Präsident des Landesrechnungshofes, Ministerinnen und Minister, Staatssekretäre und Finanzexperten der einzelnen Ressorts geben zu den geplanten Einnahmen und Ausgaben Auskünfte. Mit ihnen werden denkbare Konsequenzen vorgesehener Änderungen besprochen.

In ausgewählten Bereichen führen wir Anhörungen durch, beratschlagen uns also mit externen Fachleuten, so etwa zur Arbeitsmarktpolitik und zu den Kindertagesstätten. Letztlich wird jeder Haushaltsansatz dahingehend geprüft, ob der Ausschuss den jeweiligen Vorschlag der Landesregierung teilt oder ob eine Veränderung vorgenommen werden soll. All das ist anspruchsvoll und hoch spannend, denn jede Zahl im Landeshaushalt hat einen lebenspraktischen Bezug.

**Welche Möglichkeiten hat der Ausschuss, Änderungen vorzunehmen? Oder anders ausgedrückt – wie mächtig ist der Finanzausschuss?**

Es ist uns, wie dem Landtag insgesamt, unbenommen, Änderungen am vorgelegten Haushaltsentwurf vorzunehmen. Das bedarf zweier Voraussetzungen: Es gelingt jeweils Mehrheiten zu gewinnen und im Gesamtfinanzrahmen zu bleiben. Das Land kann ja nur das ausgeben, was es an Einnah-

men hat. Wenn wir also Änderungen vornehmen möchten, müssen wir schauen, woher das Mehr an Geld für diese oder jene größere beziehungsweise neue Ausgabe genommen werden soll. Letztlich hieße dies, an anderer Stelle innerhalb des Haushaltes weniger Geld auszugeben. Im Übrigen haben wir bereits in der ersten Haushaltsberatung, als es um die Etats des Landtages und des Landesrechnungshofes ging, Veränderungen am Entwurf vorgenommen.

## Wie kommt die Beschlussempfehlung zustande?

Nach Abschluss der Beratungen legen die Fraktionen ihre Änderungsanträge vor, über die dann abgestimmt wird. Dabei werden die Stellungnahmen von sieben Ausschüssen mit einbezogen. Finden Vorschläge eine Mehrheit, so fließen diese Änderungen in die Empfehlungen an den Landtag, die so genannte Beschlussempfehlung, ein. Das Sekretariat des Ausschusses dokumentiert die Haushaltsberatungen und arbeitet die Änderungswünsche des Ausschusses in die Beschlussempfehlung ein. Sie ist dann die Beratungsgrundlage für die Zweite Lesung.

## Was steht bei den Beratungen im Vordergrund – die Sachpolitik oder die Parteidisziplin?

Bisher wurden Beschlüsse – und der Finanzausschuss ist ein beschlussfreudiges Gremium – sowohl sachbezogen als auch parteilich gefasst. Das uns vorgelegte Zahlenwerk ist von seinem sachlichen Zusammenhang nicht zu trennen, und politische Entscheidungen sind immer interessengeleitet, also parteilich.

Ich habe an uns den Anspruch, dass wir eine politische Kultur des Wettstreits um die besten Lösungen praktizieren. Auch, weil das Durchdrücken von Mehrheitsverhältnissen, ohne sich ernsthaft in der Sache auseinanderzusetzen, wenig mit Parteidisziplin, aber viel mit Borniertheit zu tun hätte, und auch, weil es ein Akt der Souveränität wäre, wenn sich die Mehrheit vernünftigen Vorschlägen einer Minderheit nicht verschließen würde.

## Beschlossen werden soll der Haushalt im Juni. Was bedeutet dies für das Land, wenn es so lange keinen gültigen Etat besitzt?

Für die Zeit, in der es noch keinen verabschiedeten Haushalt gibt – dieser muss eigentlich immer vor Beginn eines Haushaltsjahres beschlossen werden – ermächtigt die Verfassung des Landes die Regierung, alle für den Staat notwendigen Ausgaben zu leisten. Dazu gehören beispielsweise der Erhalt von Schulen, Hochschulen, Gerichten, Landesbetrieben, die Gehälter der Landesbediensteten, die Unterhaltung von landeseigenen Liegenschaften, die Erfüllung gesetzlich beschlossener Maßnahmen und rechtlich begründeter Verpflichtungen, wie Verträge oder Ansprüche gegenüber dem Staat im Sozial-, Familien- oder Bildungsbereich. Über diese Ermächtigung hinaus darf die Verwaltung kein Geld ausgeben und hat dafür den endgültig beschlossenen Haushalt abzuwarten.

# Petitionen auf Rekordniveau

Zahl der Sammeleingaben deutlich  
angestiegen



Foto: Uwe Balewski

Ausschussvorsitzender Manfred Dachner stellte am 14. März den Jahresbericht 2011 des Petitionsausschusses vor.

**Die Anzahl der Eingaben an den Petitionsausschuss des Landtages ist im Vorjahr auf Rekordniveau gestiegen. Insgesamt erreichten 1205 Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern den Ausschuss.**

Dies sei das größte Petitionsaufkommen seit Gründung des Landtages im Jahr 1990, sagte der Vorsitzende des Ausschusses, **Manfred Dachner**, am 14. März bei der Beratung des Tätigkeitsberichtes im Parlament. Bei 61 dieser Eingaben handele es sich um eine Massen- oder Sammelpetition, bei der sich mehrere Bürger gemeinsam mit einem Problem an den Ausschuss wandten. Im Jahre 2010 habe es nur 47 und im Jahr 2009 noch weniger, nämlich 45, Sammelpetitionen gegeben. Auch die Zahl der Bürger, die diese Form der Eingabe nutzten, habe sich deutlich erhöht. Sie sei auf 34.316 gestiegen und habe sich damit im Vergleich zu 2010 etwa versechsfacht. Allein rund 26.800 Petenten haben sich Dachners Angaben zufolge über die Verpflichtung für Kleingärtner beschwert, spätestens ab dem Jahr 2013 das Abwasser in den Gärten „dem Stand der Technik entsprechend ordnungsgemäß“ zu entsorgen. Ein anderes Problem betraf die Reisekostenvergütung für Schulfahrten, bei dem fast 5.000 Bürger um Unterstützung baten. Rund 1.400 Bürger beschwerten sich über die Errichtung einer Biogasanlage. Bei 209 Petitionen konnte dem jeweiligen Anliegen entsprochen werden. „Das zeigt, dass wir etwas erreichen können“, sagte der Ausschussvorsitzende.

Insgesamt seien 984 Eingaben „abschließend behandelt“ worden, sagte **Stefanie Drese** (SPD). Die Bearbeitungsdauer hat sich ihren Angaben nach erheblich verkürzt.

**Barbara Borchardt** (DIE LINKE) wies auf einen Schwerpunkt im Bereich Energiewirtschaft hin. Hier sei unter anderem von 349 Bürgerinnen und Bürgern gefordert worden, die bisher geltenden Mindestabstände von Wohnhäusern zu Wind-

kraftanlagen zu überarbeiten. Da diese Eingaben zum Teil Bundesvorschriften betreffen, wurden sie auch dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zugeleitet. Zum Thema Abwasserentsorgung in Kleingärten habe der Ausschuss viele Stellungnahmen vom Landwirtschaftsministerium eingeholt und mehrere Ausschussberatungen durchgeführt. Im Ergebnis sei ein tragfähiger Kompromiss erreicht worden, sagte die stellvertretende Ausschussvorsitzende. „So wurde einerseits zwar an der grundsätzlich Pflicht zur ordnungsgemäßen Abwasserentsorgung festgehalten, aber andererseits auch eine sozialverträgliche Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben im Sinne der Kleingärtner gefunden“, betonte Borchardt.

**Jutta Gerkan** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) wertet den Anstieg der Petitionen positiv. Sie hoffe, dass dies ein Zeichen sei, dass die Menschen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. „So erfahren wir, was die Leute wirklich bewegt, und können mithelfen, die Situation zu verbessern.“ Sie würde es begrüßen, wenn Eingaben auch direkt an die Fraktionen überwiesen werden könnten.

Der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** wertete die Rekordzahl der Petitionen als Zeichen für die „Katastrophenpolitik“ im Land. Er nannte unter anderem die Reisekostenvergütung bei Schulfahrten und Beschwerden über zunehmende Schwerlasttransporte auf Bundesstraßen als Beispiele.

Nach Worten von **Detlef Lindner** (CDU) ist der Petitionsausschuss manchmal der „letzte Strohalm“, nach dem die Bürger greifen. „Wir können in vielen Fällen helfen“, betonte er. „Der Petitionsausschuss ist für die Bürger da und kein Selbstzweck.“ Dennoch komme es vorrangig darauf an, dass die Behörden so arbeiten, dass es weniger Grund für Beschwerden gibt.

Nach der Debatte stimmten die Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Tätigkeitsbericht zu.

*Drucksache 6/360*

## Petitionsausschuss

Jede Bürgerin, jeder Bürger, auch jedes Kind, hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen mit Vorschlägen, Bitten und Beschwerden an den Landtag zu wenden. Der Landtag hat hierfür einen speziellen Ausschuss gebildet, den Petitionsausschuss. Er kann helfen, wenn bei dem jeweiligen Problem die Landesregierung oder eine Landesbehörde zuständig ist. Eingaben, für die der Petitionsausschuss nicht zuständig ist, leitet er an die zuständige Stelle weiter. Eine Petition muss schriftlich eingereicht werden. Dies kann auch auf elektronischem Wege erfolgen.

Das Gesetz zur Behandlung von Vorschlägen, Bitten und Beschwerden der Bürger sowie über den Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern (Petitions- und Bürgerbeauftragtengesetz) und weitere Informationen zum Petitionsausschuss finden Sie auf der Internetseite des Landtages.

[www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)



Quelle: [www.mv-demokratie.de](http://www.mv-demokratie.de)

# Demokratie- Landesprogramm

Landtag will Kampf gegen Extremismus weiter unterstützen

Die vier demokratischen Fraktionen im Landtag haben sich dazu bekannt, den außerparlamentarischen Kampf gegen Extremismus, Fremdenhass und Intoleranz weiterhin zu unterstützen. Sowohl Landes- und regionale Initiativen als auch die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur sollen weiterhin finanzielle Hilfe bekommen. SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschloss am 14. März einstimmig, das Programm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ weiterzuführen, auch wenn es mit Beginn der neuen EU-Förderperiode ab 2014 zu Änderungen der Mittelzuweisungen kommen sollte. Die rechtsextreme NPD lehnte den Antrag ab.

„Rechtsextremismus ist eine Bedrohung für unsere demokratische Gesellschaft“, betonte Linksfraktionschef **Helmut Holter** unter Hinweis auf die Mordserie, die der Zwickauer Neonazi-Gruppe NSU zugeschrieben wird. Rechtsextreme Gewalt halte auch weiterhin an. Laut Holter gab es 2011 im Nordosten 97 rechtsextremistisch motivierte Aktionen gegen Menschen oder Einrichtungen. Das 2006 beschlossene Landesprogramm sei eine gute Grundlage, zivilgesellschaftliche Strukturen, Demokratie und Toleranz zu stärken. „Wir dürfen nicht nachlassen, dafür zu sorgen, dass gewalttätiges, rassistisches, antisemitisches und demokratiefeindliches Denken und Handeln aus den Parlamenten, von der Straße und aus den Köpfen verschwindet“, mahnte Holter.

Nach Angaben des SPD-Politikers **Andreas Butzki** haben sich die Regionalzentren als kompetente Ansprechpartner für Kommunen, Vereine, Verbände, Schulen, Unternehmen und Kirchen fest etabliert. Mit dem gemeinsamen Beschluss setze der Landtag ein richtiges Signal. „Die Arbeit geht mit fachkundigem Personal weiter.“ Er regte den Hotel- und Gaststättenverband an, nach dem Vorbild anderer Bundesländer Initiativen wie „Keine Bedienung für Nazis“ aufzugreifen.

Es ist auch nach Auffassung von Grünen-Fraktionschef **Jürgen Suhr** wichtig, dass sich das Parlament dazu bekennt, den „Schweriner Weg“ mit dem Landesprogramm weiter

zu gehen. „Die Fraktionen stehen zusammen gegen NPD und Extremismus. Das ist langfristig erfolgreich. Irgendwann wird die NPD in diesem Landtag nicht mehr vertreten sein“, prophezeite Suhr.

„Demokratie kann und muss nicht alles tolerieren“, betonte der CDU-Abgeordnete **Torsten Renz**. Rechtsextremes Gedankengut müsse aktiv bekämpft werden. Das Landesprogramm sei Ausdruck eines „gemeinsamen politischen Willens“. Die Regionalzentren leisten nachhaltige Arbeit und es sei wichtig, sie auch nach 2013 weiter zu unterstützen.

Der NPD-Abgeordnete **David Petereit** warf den vier anderen Fraktionen „demokratisches Gehabe auf dem Fundament der Verlogenheit“ vor. Er wandte sich gegen Bestrebungen, seine Partei zu verbieten, und gegen die „Ausgrenzung von Andersdenkenden“. Eine Weiterführung des Landesprogramms „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“ lehne seine Partei ab.

Bildungsminister **Mathias Brodkorb** zeigte sich erfreut über das klare Signal des Parlaments. Die Koordinierung der Initiativen für Demokratie und Toleranz werde von seinem Ressort aus erfolgen. Dazu hätten das Bildungs- und das Sozialministerium jeweils zwei Personalstellen bereitgestellt. Brodkorb kündigte zudem eine regelmäßige Überprüfung zur Wirksamkeit der Programme an, um im Bedarfsfall schnell Änderungen vornehmen zu können.

*Drucksache 6/394*

## Gericht untersagt NPD-Fraktion Beschimpfung der Landtagspräsidentin

Das Landgericht in Rostock hat der NPD-Fraktion ehrverletzende Äußerungen gegenüber der Präsidentin des Landtages, Sylvia Bretschneider, und gegenüber dem Parlament unter Strafandrohung untersagt. Die vom Juni 2011 stammenden Äußerungen „stellten eine vom Recht der Meinungsfreiheit nicht mehr gedeckte, ehrverletzende Schmähkritik dar“, urteilte die 3. Zivilkammer am 4. April. Nachdem NPD-Fraktionschef Udo Pastörs wegen wiederholter massiver Störung der parlamentarischen Ordnung von Sylvia Bretschneider in der Landtagssitzung des Saales verwiesen worden war, hatte er die Präsidentin und den Landtag beschimpft. Der Landtag klagte daraufhin auf Unterlassung. Bei Wiederholung der Aussagen drohen Pastörs ein Ordnungsgeld von bis zu 250.000 Euro oder Ordnungshaft von bis zu sechs Monaten. Pastörs hat angekündigt, Berufung gegen dieses Urteil einzulegen.

# Gemeinsam im Ostseeraum

Landtag setzt grenzüberschreitendes Engagement fort

Auf der Grundlage eines gemeinsamen Entschließungsantrages der Fraktionen von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Landtag am 14. März der Resolution der 20. Ostseeparlamentarierkonferenz zugestimmt und gleichzeitig die Forderungen der Parlamentarier aller Ostseeanrainerstaaten zu aktuellen Herausforderungen der Region in die Landespolitik übertragen.

Foto: Uwe Barlewski



In ihrer Einbringungsrede machte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** deutlich, dass das grenzüberschreitende Engagement im Ostseeraum untrennbar mit der Verfassung des Landes und der Geschichte des Landtages verknüpft sei und auch konkreten Einfluss auf die aktuelle Landesentwicklung habe. Ein Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten des Landtages der vergangenen zwei Jahre habe in der Leitung einer Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz zur Integrierten Maritimen Politik gelegen, die konkrete Handlungsempfehlungen insbesondere zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft und maritimer Zukunftssektoren in der Region erarbeitet habe. Als ehemaliger Vorsitzender der Arbeitsgruppe habe der Landtagsabgeordnete Jochen Schulte nunmehr als Maritimer Berichterstatter der Ostseeparlamentarierkonferenz die Gelegenheit erhalten, die internationalen Aktivitäten des Landtages im maritimen Sektor durch Vernetzungsaktivitäten in der Ostseeregion weiterzuführen. Bretschneider warb ausdrücklich für die aktive Nutzung internationaler Foren und Netzwerke der Ostseezusammenarbeit durch die Parlamentarier im Interesse der Bürgerinnen und Bürger des Landes.

Am 2. März 2012 fand in Helsinki die 2. Sitzung der im Dezember 2011 eingesetzten Arbeitsgruppe der Ostseeparlamentarierkonferenz zum Thema „Nachhaltiges Wachstum und Energieeffizienz“ statt, in welcher der Landtag eben-

falls durch Jochen Schulte vertreten ist. Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand das Thema Energieeffizienz. Hierzu ließen sich die Mitglieder zunächst im Rahmen mehrerer Informationsbesuche, darunter beim größten städtischen Heiz-Kühl-Kraftwerk der Stadt Helsinki, bei der Nordischen Investitionsbank sowie bei der Nordischen Umweltfinanzierungsgesellschaft, sowie durch Expertenvorträge von Wissenschaftlern der finnischen Aalto-Universität und des finnischen Institutes für Internationale Angelegenheiten unterrichten. Diskutiert wurde anschließend über geeignete Faktoren und Anreize, um die angestrebten Energieeffizienzverbesserungen zu erreichen. Kritisch sahen Wissenschaftler und Parlamentarier verbindliche Quotenvorgaben für bestimmte Energieeffizienzsteigerungsmaßnahmen – wie im aktuellen europäischen Energieeffizienzrichtlinienvorschlag für die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude vorgesehen –, da die unterschiedlichen Entwicklungsstadien in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht ausreichend berücksichtigt würden. Für wichtig hielten die Mitglieder außerdem Preistransparenz sowie klare und kohärente Standards und eine Kennzeichnung für Energieeffizienz, um Verbrauchern beispielsweise beim Kauf von Geräten deutlich zu machen, wie viel Energie und Geld gespart werde.

*Drucksache 6/384*

## Europa 2020

Parlamentsforum Südliche Ostsee beriet regionale Entwicklungsstrategien

Im Mittelpunkt der Beratungen des 10. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 11. bis 13. März in Kiel stand die Umsetzung der EU-Strategie „Europa 2020“ in regionale Entwicklungsstrategien. Erneuerbare Energien, nachhaltiger Tourismus und die Zukunft der europäischen Förderpolitik bildeten Themenschwerpunkte der Beratungen mit Sachverständigen aus den Partnerregionen Schleswig-Holstein, Hamburg, Westpommern, Pommern, Ermland-Masuren, Kaliningrad und Schonen.



Foto: Landtag MV

*Delegation des Landtages beim 10. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kiel: v.l. Jutta Gerkan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider, Detlef Müller (SPD), Beate Schlupp, Andreas Texter (beide CDU) und Jochen Schulte (SPD).*

Im Hinblick auf die erneuerbaren Energien fordert das Parlamentsforum u. a. eine europaweite Vernetzung und den Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen, um den notwendigen Umbau der Energieversorgung zu ermöglichen.

Die Delegationsleiterin, Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider**, sagte im Anschluss an die Beratungen: „Das Forum hat sich, einer Forderung Mecklenburg-Vorpommerns entsprechend, u. a. dazu verständigt, Projekte zu unterstützen, die durch energetische Wohngebäudesanierung weitreichende Möglichkeiten zur Energieeinsparung bieten. Auch wurde eine Zukunftsvision zur Entwicklung der Region der südlichen Ostsee als innovativer Wachstumsraum erarbeitet.“ Gemeinsam mit drei Sachverständigen aus dem Land zu den Themen nachhaltiger Tourismus, EU-Ostseestrategie und energetischer Gebäudesanierung habe Mecklenburg-Vorpommern einige seiner Stärken in Kiel präsentiert. Allerdings, so Bretschneider, sei im direkten Kontakt mit den Partnern auch deutlich geworden, dass noch große Anstrengungen erforderlich sind, um die Potenziale der erneuerbaren Energien in der südlichen Ostsee adäquat zu nutzen.

Im Rahmen einer Veranstaltung des EU-Ausschusses der Regionen hat der Vorsitzende des Europa- und Rechtsausschusses Detlef Müller die Forderungen des Parlamentsforums persönlich dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz vorgelegt. (siehe Seite. 19)

## Weitere Beschlüsse des Landtages

### M-V tritt Metropolregion Hamburg bei

Das Land Mecklenburg-Vorpommern tritt der Metropolregion Hamburg bei. Der Landtag stimmte am 14. März mit großer Mehrheit dem Beitritt zum bereits bestehenden Staatsvertrag zwischen Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein zu. „Damit beschreiten wir nicht etwa den Weg zum Nordstaat, sondern wir stärken traditionelle regionale Verbindungen“, erklärte der SPD-Abgeordnete Detlef Müller in der Debatte.

Am 20. April unterzeichnete Ministerpräsident Erwin Sellering in Hamburg gemeinsam mit seinen Amtskollegen Olaf Scholz, Peter-Harry Carstensen und David McAllister sowie den Landräten und Oberbürgermeistern der Metropolregion das entsprechende Verwaltungsabkommen. Zur Metropolregion gehören nun 17 Kreise und Landkreise aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern sowie die Hansestadt Hamburg und die kreisfreien Städte Neumünster und Lübeck. Zeitgleich mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern treten auch die Kreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim mit dem Gebiet des Altkreises Ludwigslust der Metropolregion bei. Die Region

um Ludwigslust, die mit ihren Gewerbegebieten entlang der A 24 schon seit längerem attraktiv für Hamburger Unternehmen ist, hatte bisher bereits Gaststatus in der Metropolregion.

Der zwischen den vier Ländern abgeschlossene Staatsvertrag sieht vor, dass ein Förderfonds Hamburg-Mecklenburg-Vorpommern eingerichtet wird. In diesen Fonds werden die Hansestadt Hamburg und das Land Mecklenburg-Vorpommern jeweils 150.000 Euro einzahlen. Damit können Kooperationsprojekte innerhalb der Metropolregion finanziert werden. Mecklenburg-Vorpommern erhofft sich durch die engere Zusammenarbeit mit Hamburg als wichtigstem Zentrum von Handel und Wirtschaft im Norden positive Impulse für die eigene Entwicklung.

*Drucksachen 6/242, 6/320, 6/421*

### Landkreisneuordnungsgesetz

Ein Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE zur Änderung des Landkreisneuordnungsgesetzes ist auch in der Zweiten Lesung am 14. März gescheitert. Am 14. Dezember 2011 war die Überweisung in die Ausschüsse durch die Mehrheit des Parlaments abgelehnt worden. Die Geschäftsordnung des Landtages verlangt, dass der Gesetzentwurf spätestens nach drei Monaten zur Schlussberatung und Abstimmung wieder auf die Tagesordnung gesetzt wird.

DIE LINKE wollte erreichen, dass die Erhebung einer sogenannten Altfehlbetragsumlage (§ 25 Landkreisneuordnungsgesetz) abgeschafft wird. Dabei geht es um Schulden, die manche Alt-Kreise nun bei der Strukturreform in die neuen, größeren Kreise mitbringen.

*Drucksache 6/165*

### Keine Kohlendioxidspeicherung

Mecklenburg-Vorpommern will die unterirdische Speicherung des klimaschädlichen Verbrennungsgases Kohlendioxid im Land verbieten. Die Regierungsfaktionen von SPD und CDU brachten dazu am 14. März einen entsprechenden Gesetzentwurf ein, der zur weiteren Beratung in die Parlamentsausschüsse überwiesen wurde. Das Land reagiere da-



*Kühltürme eines Braunkohlekraftwerkes*

Foto: Jens Büttner

mit auf die fehlende bundeseinheitliche Regelung für die umstrittene Kohlendioxidverpressung, hieß es zur Begründung. Laut einer EU-Richtlinie können die Mitgliedsstaaten ihre Hoheitsgebiete für die dauerhafte CO<sub>2</sub>-Speicherung per Gesetz ausschließen.

Insbesondere Bundesländer mit Kohlekraftwerken, wie Brandenburg, hatten die umstrittene Technologie befürwortet, um den klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoß in die Atmosphäre drastisch zu verringern. Ein Gesetzentwurf der Bundesregierung zur CO<sub>2</sub>-Verpressung hatte im Bundesrat nicht die erforderliche Zustimmung gefunden.

*Drucksache 6/385*

## Schulnetz langfristig entwickeln

Der Landtag hat am 16. März einen Antrag der SPD/CDU-Koalition zur Entwicklung eines nachhaltigen Schulnetzes angenommen. Darin wird die Landesregierung unter anderem aufgefordert zu prüfen, ob für die Dauer eines Jahres von Schulschließungen abgesehen werden kann. Zudem soll eine Prognose über ein langfristig bestandsfähiges Schulnetz vorgelegt werden, wobei unter anderem zumutbare Schulweg-Zeiten sowie sinnvolle Mindestgrößen berücksichtigt werden sollen. Ein Änderungsantrag der Linken fand teilweise Zustimmung. So soll auch die schrittweise Umsetzung der Inklusion bei der Prognose beachtet werden.

Hintergrund sind die demografische Entwicklung und die Neuordnung der Kreise.

*Drucksachen 6/392 und 6/451*



Foto: Jens Büttner

## Fotovoltaik

Das Thema Solarenergie stand nach der Aktuellen Stunde am 14. März am Folgetag erneut auf der Tagesordnung des Plenums. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollte per Landtagsbeschluss die Landesregierung beauftragen, alle Dachflächen im Eigentum des Landes auf eine mögliche Nutzung für den Betrieb von Fotovoltaikanlagen hin zu überprüfen und bei Eignung für Fotovoltaiknutzung zur Verfügung zu stellen. Und auf gemeinsamen Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE sollte die Landesregierung über den Bundesrat auf eine Veränderung der EEG-Novelle hinwirken mit dem Ziel, dass die zusätzlichen Vergütungsabsenkungen nicht zur Gefährdung und zum Zusammenbruch der Solarbranche in Mecklenburg-Vorpommern führen. Außerdem soll nach dem Willen der Antragsteller auch in Zukunft die Stromproduktion einer Fotovoltaikanlage zu 100 Prozent über das EEG vergütet werden. Beide Anträge fanden keine Mehrheit.

*Drucksachen 6/373 und 6/375*



Foto: Jens Büttner

## Landesplanungsbeirat

Der Landtag hat auf seiner Sitzung am 14. März folgende Abgeordnete als Mitglieder des Landesplanungsbeirates gewählt:

- Rainer Albrecht (SPD)
- Jürgen Seidel (CDU)
- Regine Lück (DIE LINKE)
- Johann-Georg Jaeger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Beirat hat die Aufgabe, das zuständige Ministerium bei grundsätzlichen Fragen der Raumplanung und Landesentwicklung zu beraten. Das Ministerium als oberste Planungsbehörde wiederum muss den Beirat über grundsätzliche Fragen der Landesplanung unterrichten. Dem Gremium gehören neben den vier Landtags-Abgeordneten und dem Minister noch Vertreter verschiedener Institutionen, wie den kommunalen Landesverbänden, den Gewerkschaften und den Industrie- und Handelskammern, an.

*Drucksache 6/396*

# ACTA-Abkommen unterzeichnen?



**Michael Silkeit**

Sicherheitspolitischer Sprecher  
der CDU-Fraktion

Die CDU begrüßt das ACTA-Abkommen dem Grunde nach.

Aufbauend auf dem TRIPS-Abkommen ist ACTA das erste internationale Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie. Ziel des Abkommens ist es, Rechte des geistigen Eigentums auf internationaler Ebene mit zivil- und strafrechtlichen Mitteln besser durchsetzen zu können.

Im September 2010 wurde ACTA von den USA, Australien, Kanada, Japan, dem Königreich Marokko, Neuseeland, der Republik Singapur und der Republik Korea unterzeichnet. Am 26.01.2012 zeichneten die EU und 22 Mitgliedsstaaten. Von den EU-Mitgliedsstaaten steht die Zeichnung durch Deutschland, Estland, die Niederlande, Zypern und die Slowakei noch aus. Mit Kabinettsbeschluss vom 30.11.2011 war die Unterzeichnung von ACTA seitens der Bundesregierung bereits beschlossen worden. Zwischenzeitlich wurde sie jedoch nach Intervention der Bundesjustizministerin ausgesetzt.

Die massive Kritik an ACTA ist schon insofern nicht nachvollziehbar, als sich das Abkommen darauf beschränkt, die in der EU

geltenden Vorschriften festzuschreiben. Nach Angaben der EU-Kommission bzw. der Bundesregierung gibt es weder im EU-Recht noch im nationalen Recht Änderungsbedarf in Folge von ACTA.

Aus Sicht der CDU dient ACTA dem legitimen und wichtigen Ziel, das geistige Eigentum zu den Bedingungen unserer globalisierten und digitalisierten Welt zu schützen. Gerade für ein an Rohstoffen armes Land wie Deutschland, für das Innovation und Erfindungen die Grundlage seines Wohlstandes sind, ist das eine ganz wichtige Frage.

Zusammenfassend kann man sagen, was im realen Leben verboten ist – das Kopieren fremden geistigen Eigentums – muss auch im virtuellen Leben verboten sein.



**Barbara Borchardt**

Rechtspolitische Sprecherin  
der Fraktion DIE LINKE

Das ACTA-Abkommen sollte in seiner jetzigen Fassung nicht von der Bundesrepublik ratifiziert werden.

Die grundsätzliche Idee, ein Abkommen zu schaffen, welches das geistige Eigentum schützen soll, ist selbstverständlich richtig. Ein solches Abkommen muss jedoch transparent ausgehandelt werden und insgesamt demokratischen Ansprüchen genügen. Die Grund- und Freiheitsrechte aller Bürgerinnen und Bürger müssen unbedingt gewahrt bleiben. Das ausgehandelte Abkommen schützt nicht in geeigneter Weise die Interessen der Menschen, die in kreativen oder

wissenschaftlichen Bereichen arbeiten, und greift unverhältnismäßig in die Rechte der Nutzerinnen und Nutzer ein. Nicht nur in dieser Hinsicht bleibt ACTA hinter den Erwartungen zurück. Zunächst ist bereits das intransparente Zustandekommen des Abkommens zu rügen. Man hat sich von Anfang bis Ende über den Inhalt in Schweigen gehüllt. Allein der Vertragstext wurde von der EU-Kommission erst auf massiven Druck des EU-Parlamentes öffentlich gemacht. Offenbar vorhandene Zusatzprotokolle unterliegen nach wie vor der Geheimhaltung. In diesen Zusatzprotokollen sind wohl ein Teil der zahlreichen unbestimmten Rechtsbegriffe des Abkommens definiert. Allein deshalb ist schon zu hinterfragen, wie die Bundesjustizministerin zu der Einschätzung

gelangt, ACTA würde über bestehendes deutsches Recht nicht hinausgehen. Ohne Kenntnis des Inhalts dieser Zusatzprotokolle bzw. der Definitionen der unbestimmten Rechtsbegriffe lässt sich über den Inhalt von ACTA keine genaue Aussage treffen.

Im Übrigen sind einige Experten der Ansicht, dass ACTA in Teilen durchaus über das deutsche Recht hinausgeht. Aber selbst wenn ACTA im Wesentlichen dem deutschen Urheberrecht entsprechen würde, müsste es kritisch betrachtet werden. Denn auch das deutsche Urheberrecht ist unter Juristen sehr umstritten und wird als nicht mehr zeitgemäß angesehen. Mit ACTA würde mithin dieses antiquierte Urheberrecht zementiert, und Gesetzesänderungen auf nationaler Ebene würden künftig erschwert.

**Das Anti-Counterfeiting Trade Agreement, kurz ACTA, ist ein geplantes multilaterales Handelsabkommen, das internationale Standards im Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen festschreibt. Aufgrund einer Petition zur Aussetzung der Ratifizierung, die 56.000 Menschen unterzeichnet haben, muss sich der Petitionsausschuss des Bundestages mit dem Thema befassen. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE debattierte der Landtag am 16. März das Für und Wider von ACTA.**

*Drucksache 6/382*

# ITB-Visite

Azubi-Rückgang Herausforderung für Tourismusbranche

**Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses besuchten am 8. März die Internationale Tourismusbörse (ITB) in Berlin. Die Parlamentarier nahmen auch am 15. Tourismusforum des Ostdeutschen Sparkassenverbandes teil, bei dem das Iberotel Fleesensee als Landessieger und „Leuchtturm der Tourismuswirtschaft“ ausgezeichnet wurde.**

Das diesjährige Tourismusbarometer dokumentiert, dass Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2011 trotz erheblicher wetterbedingter Einbußen im Camping-Bereich mit 27,6 Millionen Übernachtungen seinen Spitzenplatz behaupten konnte. Dabei spielten wetterunabhängige Angebote, etwa von Museen und neuen Einrichtungen wie dem Ozeaneum in Stralsund, eine wichtige Rolle. Die Insel Rügen konnte 2011 die höchste Gästezufriedenheit im ganzen ostdeutschen Raum erreichen.

Ein besonderes Augenmerk richtete die Untersuchung auf den deutlichen Rückgang der Zahl der Auszubildenden und die wachsende Zahl unbesetzter Stellen auch im Leitungsbereich. Dazu wurde empfohlen, Rückstände beim Lohnniveau und bei den Weiterbildungsangeboten abzubauen. Gleichzeitig wurden Beispiele herausgestellt, wo Unternehmer mit innovativen Mitteln um die Auszubildenden und Mitarbeiter werben. Dabei spielen Leistungsanreize und die Nutzung des Internets eine besondere Rolle.

Der Ausschussvorsitzende **Dietmar Eifler** erklärte dazu: „Ich freue mich, dass im Tourismusforum mit dem Iberotel Fleesensee und der Seetel-Gruppe auf Usedom zwei Unternehmen aus Mecklenburg-Vorpommern vorgestellt wurden, die sich besonders um ihre Auszubildenden und Mitarbeiter bemühen. Nur so kann auch zukünftig der Fachkräftebedarf der Branche gedeckt werden.“

# Konstruktive Kritik

Anhörung im Innenausschuss zur Polizeiausbildung in Güstrow

Mitte Januar hatte die Gewerkschaft der Polizei in einer Presseerklärung Defizite bei der Polizeiausbildung an der Fachhochschule in Güstrow aufgezeigt. Anlass für den Innenausschuss des Landtages, sich in einer Anhörung am 23. Februar einen umfassenden Überblick über die Problemlagen zu verschaffen. Vertreter der Studentenschaft, der Leitungsebene der Fachhochschule sowie der Gewerkschaft und des Hauptpersonalrates kamen bei der Anhörung zu Wort.

Die Vertreter der Studierenden und Auszubildenden am Fachbereich Polizei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Güstrow lobten zu Beginn der Anhörung die Bedingungen an der Fachhochschule: „Wir fühlen uns wohl in Güstrow. Die Ausstattung mit Lehrmitteln, die Unterbringung und die Dozenten sind gut.“ Ein großes Problem allerdings sehen sie in der Kurzfristigkeit der Stundenplanung. In der Regel stünden die endgültigen Stundenpläne erst eine Woche im Voraus fest.

Weitere wesentliche Kritikpunkte in der Anhörung waren die Kostenübernahme bei Studienfahrten, die Erhöhung des Leistungsdrucks im Bachelorstudiengang und Disproportionalitäten zwischen Theorie- und Praxisausbildung.

Die Anhörung bot die Möglichkeit, von allen Seiten zu beleuchten, wo Kommunikationsprobleme bestehen bzw. aufgrund fehlender Transparenz das Verständnis für Planungszwänge bei der Ausbildung fehlt.

Diskutiert wurden auch Fragen der Nachwuchsgewinnung für die Polizei, der Attraktivität des Studiums sowie der Auswirkungen der Polizeistrukturreform auf die Ausbildung. Kritisch hinterfragt wurde zudem, ob ausreichende Einsatzmittel – und hierbei insbesondere die Körperschutzausstattung – zur Verfügung stehen.

## EU-Gipfel der Regionen und Städte



Foto: Landtag M-V

*Detlef Müller (r.) erläutert dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Martin Schulz die Resolution des Parlamentsforums Südliche Ostsee. (siehe auch Seite 16)*

Am 22. und 23. März fand in Kopenhagen der 5. Europäische Gipfel der Regionen und Städte statt, bei dem rund 500 Teilnehmer aus ganz Europa über die aktuellen Herausforderungen u.a. mit den Präsidenten der EU-Kommission und des Europäischen Parlamentes berieten. Mecklenburg-Vorpommern wurde durch den Vorsitzenden des Europa- und Rechtsausschusses des Landtages, Detlef Müller, vertreten. „Die Rolle der Regionen und Städte bei der Umsetzung der Entwicklungsstrategie Europa 2020 muss gestärkt werden“, betonte Müller an Rande des Treffens. Für Mecklenburg-Vorpommern sei es besonders wichtig und zugleich eine besondere Herausforderung, Gehör zu finden im Konzert der Metropolen. „Dazu gehört die kürzlich vereinbarte Mitarbeit in der Metropolregion Hamburg, und dazu gehört auch die Mitarbeit im Parlamentsforum Südliche Ostsee“, so Müller.



Foto: Uwe Baleski

v.l. Jan Peter Schröder, Erika Drecoll, Dietmar Jonig, Landtags-Vizepräsidentin Beate Schlupp, Bernd Schubert, Markus Wiechert, Maika Friemann-Jennert, Hikmat Al-Sabty, Roland Blank, Dr. Wolfgang Weiß, Karen Stramm, Andres Texter, Kommissionsvorsitzender Jörg Heydorn, Julian Barlen, Silke Gajek, Dr. Renate Hill, Stefan Köster, Martina Tegtmeier.

# Konstituiert

## Erste Sitzung der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

Am 13. April hat sich die Enquete-Kommission zu ihrer ersten Sitzung getroffen. In dieser Sitzung wurden vor allem Verfahrensfragen geklärt und beraten, wie der Einsetzungsbeschluss

des Landtages vom 1. Februar 2012 umgesetzt wird. Danach soll die Enquete-Kommission Maßnahmen empfehlen, mit denen die Teilhabe- und Versorgungsansprüche der älter werdenden Bevölkerung verwirklicht werden können. Dabei geht es vor allem um soziale Sicherung im Alter, Alter und Gesundheit, altersgerechtes Wohnen, Pflege sowie um Mobilität im Alter. Von den 21 Mitgliedern der Enquete-Kommission sind elf Abgeordnete, zehn nichtparlamentarische Mitglieder gehören dem Gremium auf Vorschlag der Fraktionen an.

### Mitglieder der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“

Vorsitzender: Jörg Heydorn, SPD  
Stellv. Vorsitzende: Karen Stramm, DIE LINKE

Fraktion	Mitglieder
SPD	Rainer Albrecht, Mitglied des Landtages Julian Barlen, Mitglied des Landtages Jörg Heydorn, Mitglied des Landtages Martina Tegtmeier, Mitglied des Landtages Roland Blank, Leiter der Geschäftsstelle Schwerin des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen Erika Drecoll, Stellvertretende Vorsitzende Landesseniorenbeirat Mecklenburg-Vorpommern Wolfgang Gagzow, Geschäftsführer der Krankenhausgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern Thomas Deiters, Stellvertretender Geschäftsführer Städte- und Gemeindetag Mecklenburg-Vorpommern
CDU	Maika Friemann-Jennert, Mitglied des Landtages Bernd Schubert, Mitglied des Landtages Andreas Texter, Mitglied des Landtages Helmut Schapper, Fachbereichsleiter Altenhilfe/Pflege beim Diakonischen Werk Mecklenburg Jan Peter Schröder, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern Marcus Wiechert, Regierungsbeauftragter der Evangelischen Kirchen von Mecklenburg und Pommern
DIE LINKE	Karen Stramm, Mitglied des Landtages Dr. Hikmat Al-Sabty, Mitglied des Landtages Dr. Barbara Syrbe, Landrätin Greifswald-Vorpommern Dr. Wolfgang Weiß, Privatdozent an der Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald
B' 90/DIE GRÜNEN	Silke Gajek, Mitglied des Landtages Dr. Renate Hill, Geschäftsführerin des Landesfrauenrates Mecklenburg-Vorpommern
NPD	Stefan Köster, Mitglied des Landtages

# Wortgefechte um beste Argumente

Sieger im Landeswettbewerb „Jugend debattiert“ gekürt



Sie debattieren leidenschaftlich. Finden Argumente, die ihre Meinung untermauern. Hören andere Meinungen aufmerksam an. Analysieren, ziehen Schlüsse. Respektieren ihren „Gegner“ in diesem Wortgefecht. Wer den Schülern beim alljährlichen Landesfinale des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ zuhört, schaut mit mehr Optimismus in die Zukunft: Keine Spur von Politikverdrossenheit in der ganztägigen „Lehrstunde“ für Demokratie, die in diesem Jahr am 20. März im Landtag stattfand.

Mehr als 100 Schülerinnen und Schüler aus allen Teilen des Landes verfolgten am späten Nachmittag die beiden Abschlussdebatten im Plenarsaal und spendeten viel Beifall für die Akteure. Jeweils vier Schüler standen sich – aufgeteilt in zwei Altersgruppen – gegenüber. Angelehnt an aktuelle Ereignisse, ging es in der letzten Runde der Streitfragen darum, ob Sportvereine für das Fehlverhalten ihrer Fans bestraft werden sollen, und um das Verbot von Antibiotika in der Tiermast. Die Finalisten machten es den Juroren nicht leicht, die von „Kampf abstimmung“ bei der Auswahl der Sieger sprachen. Am Ende hatten jeweils zwei Schüler aus Schwerin und aus Rostock die Nase vorn.

In der Klassenstufe 8 bis 9 gewann Moritz Rossmann (15) vom Goethegymnasium Schwerin vor Ronja Hingst (15) von der Werkstattsschule Rostock. Bei den Schülern der Klassen 10 bis 13 setzte die Jury Julian Franke (16) vom Fridericianum Schwerin auf Platz eins vor Katharina Baganz (18) vom Käthe-Kollwitz-Gymnasium Rostock. Sie überzeugten die Jury mit Sachkenntnis, Ausdrucksvermögen, Gesprächsfähigkeit und

Überzeugungskraft. Die vier werden Mecklenburg-Vorpommern im Juni beim Bundesfinale im Wettbewerb „Jugend debattiert“ in Berlin vertreten. Zuvor werden sie noch ein fünftägiges professionelles Rhetorik-Training erhalten.

„Debatten sind vor allem dann gut, wenn Pro und Kontra mit Sachverstand diskutiert und abgewogen werden“, betonte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider**, die im Schloss erneut Gastgeberin des Wettstreits war. „Lebendige und konstruktive Debatten sind im Parlament das Salz in der Suppe“, betonte sie. Bei „Jugend debattiert“ könnten Schüler die Fähigkeit zum Meinungsstreit trainieren und dabei „Schlüsselkompetenzen“ erwerben.

Auch Bildungsminister **Mathias Brodkorb** hob die Bedeutung des Streits mit Worten hervor: „Mit Jugend debattiert wird Demokratie in der Schule lebendig.“ Ein ideales Methodentraining für Lehrkräfte, fügte er hinzu.

Insgesamt haben 3775 Schüler aus 36 Schulen in Mecklenburg-Vorpommern an dem Wettstreit teilgenommen. Der Landeswettbewerb wird von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Robert Bosch Stiftung, der Stiftung Mercator und der Heinz Nixdorf Stiftung in Kooperation mit der Kultusministerkonferenz und dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Die beteiligten Stiftungen haben seit 2001 rund 15 Millionen Euro für Jugend debattiert zur Verfügung gestellt. Schirmherr des Wettbewerbs ist der Bundespräsident. Bundesweit beteiligen sich derzeit über 135.000 Schüler und rund 5.500 Lehrkräfte an über 800 Schulen an dem Wettbewerb.

[www.jugend-debattiert.de](http://www.jugend-debattiert.de)



v.l. Die Finalisten der Klassenstufen 8 und 9 Eve-Svenja Callies (Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg), Janek Gaumert (Innerstädtisches Gymnasium Rostock), Ronja Hingst (Werkstattsschule Rostock) und Moritz Rossmann (Goethegymnasium Schwerin) debattierten über die Bestrafung von randalierenden Fußballfans.

v.l. Die Finalisten der Klassenstufen 10 und 12 Marinus Fislage (Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar), Friederike Hartz (Gymnasium Am Tannenbergrövesmühlen), Katharina Baganz (Käthe-Kollwitz-Gymnasium Rostock) und Julian Franke (Fridericianum Schwerin) debattierten über den Einsatz von Antibiotika in der Tiermast.

Fotos: Landtag MV



Für viele Besucher ein Programm-Highlight im wahrsten Sinne des Wortes: Der Aufstieg in die goldene Kuppel des Schweriner Schlosses.

## Blick hinter die Kulissen

Am 10. Juni 2012 lädt der Landtag zum „Tag der offenen Tür“ ein

Der Tag der offenen Tür im „schönsten Landtagsitz Deutschlands“ bietet die Möglichkeit, normalerweise nicht öffentlich zugängliche Bereiche des Schweriner Schlosses zu erkunden. Besucher können unter anderem den Plenarsaal, das Ältestenratszimmer, die Bibliothek, das Büro der Landtagspräsidentin sowie zahlreiche Beratungsräume der Abgeordneten besichtigen.

Die Fraktionen und die Fachausschüsse präsentieren ihre Arbeit, im Plenarsaal finden Podiumsdiskussionen statt, und Abgeordnete stehen für Fragen und Diskussionen bereit. Spannend ist auch ein Blick in das NDR-Landtagsstudio und den Raum der Landespressekonferenz.

Der Aufstieg in die Niklothalle und zur goldenen Kuppel wird mit einem tollen Ausblick belohnt. Rund um das Schloss lädt die WIR-Vielfalts-Meile mit zahlreichen Angeboten zum Mitmachen und Informieren ein.

Infos unter 0385 / 525-2113 und auf der Internetseite des Landtages [www.landtag-mv.de](http://www.landtag-mv.de)

## Theater und Orchester in M-V

Landtag behandelt Volksinitiative

Der Landtag behandelt in seiner Plenarsitzung am 25. April die Volksinitiative „Für den Erhalt der Theater- und Orchesterstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern“.

Die Unterstützer der Volksinitiative fordern den Landtag auf, „unverzüglich die Rahmenbedingungen für den Erhalt der bestehenden Theater- und Orchesterstrukturen in ihrer Vielfalt in Mecklenburg-Vorpommern zu schaffen“. Dazu gehöre, so die Forderung, insbesondere eine auskömmliche finanzielle Unterstützung durch das Land.

Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider hatte am Rande der Landtagssitzung am 2. Februar die Unterschriftenlisten der Volksinitiative entgegengenommen (Landtagsnachrichten berichteten). Nach Angaben der Initiatoren hatten mehr als 50.000 Bürgerinnen und Bürger das Anliegen mit ihrer Unterschrift unterstützt. Vertreter der Initiative hatten die Unterschriftenlisten in einem Cello-Koffer überreicht. Laut Landesverfassung M-V beträgt das Quorum für eine Volksinitiative 15.000 Unterschriften. Die Landeswahlleiterin hatte die Unterschriften geprüft und die Volksinitiative für zulässig erklärt.



Protestaktion von Schauspielern und Freunden des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin von dem Landtag.

# Zeitenwandel

**Das Schloss nach der Abdankung des Großherzogs** Von der Herzogsresidenz zum Zentrum der Demokratie – zwischen diesen beiden Eckpfeilern liegen viele Facetten der wechselvollen Nutzungsgeschichte des Schweriner Schlosses im 20. Jahrhundert noch weitgehend im Dunkeln. Der Journalist Andreas Frost wird für die Landtagsnachrichten in den Archiven stöbern, Fachleute ausfragen und an dieser Stelle in lockerer Folge über seine „Entdeckungen“ berichten.

## Folge 1: Die Versteigerung

Anfangs drohte die Versteigerung ein Reinfall zu werden. Die Eichenmöbel waren den gewerblichen Händlern zu unmodern, und die Hausfrauen mäkelten an den geschnitzten Sitzgarnituren herum. Schließlich war es kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs schwer, Dienstmädchen zu bekommen, um die „komplizierten Möbel“ abstauben zu lassen. „Treugesinnte Mecklenburger“ sicherten sich jedoch Andenken an jüngst vergangene Zeiten. Alles, was mit einer Krone oder einem Emblem verziert war, war „besonders begehrt“, wie Oberhofmarschall Cuno von Rantzau zufrieden an seinen Dienstherrn Friedrich Franz IV. schrieb. Die Auktion im Juni 1920 brachte gut 400.000 Mark ein. Sie war einer der markantesten Schritte, die das Schloss auf dem Weg von der Monarchie zur Republik durchlebte.

Drei Tage lang ließ von Rantzau Möbel versteigern, die der Großherzog nicht mehr brauchte und wofür er vor allem keinen Platz mehr hatte. Am 14. November 1918 hatte Friedrich Franz IV. abgedankt und war nach Dänemark geflohen. Ein Jahr später unterschrieb er einen Vertrag mit der Regierung des neuen Freistaates Mecklenburg-Schwerin, laut dem ihm von all seinen Schlössern, Gütern und Wäldern nur einige wenige blieben.

Auch das Schweriner Schloss musste er räumen. Kurz nach der Revolution hatte er sich mit diesem Gedanken kaum anfreunden wollen. „Ungemein schmerzlich“ wäre es und freiwillig wollte er den Stammsitz seiner Ahnen nicht jenen überlassen, die ihn vom Thron gejagt hatten. In einem Brief an von Rantzau bezweifelte er, dass die Regierung das Schloss gebrauchen könnte. Sie wolle ja wohl keine Feste feiern oder Gäste dort aufnehmen.

Die von dem Liberalen Hugo Wendorff geleitete Regierung wusste sehr wohl das Schloss zu nutzen. Wo die Söhne des Herzogs im südlichen Zwischengeschoss gewohnt und gespielt hatten, wollte sie das Versicherungsamt und den Landesausschuss für Kriegsbeschädigte unterbringen. Die ehemalige Wohnung des Großherzogs im zweiten Stock sollte zum Teil vom Hofmarschallamt genutzt werden, bis das Siedlungsamt dort einzog. Wo heutzutage das Landtagspräsidium arbeitet, sollte das Revisionsdepartment des Finanzministeriums Platz finden. Der „nüchterne geschäftsmäßige Betrieb“ im Schloss ging von Rantzau „außerordentlich auf die Nerven“.

Der Platz im Schloss war 1918 begrenzt. Nach dem Brand im Dezember 1913 waren der Burgsee- und der Schlossgartenflügel nur im Rohbau wieder aufgebaut worden. Auch die große „schwarze Marmortreppe“ fehlte noch.

Zumindest sicherte die Regierung von Rantzau zu, im



Diesen prunkvollen Schminkspiegel aus dem einstigen Besitz des Großherzogs hat der Verein der Freunde des Schweriner Schlosses e.V. im vergangenen Jahr bei einer Auktion für das Schloss zurückgekauft.

Schloss nur Behörden mit wenig Publikumsverkehr einzuquartieren – damit das Parkett nicht allzu arg leiden möge. Der Vorschlag von Friedrich Franz, die Witwe seines Großvaters im Schloss wohnen zu lassen, um einen Hauch von „standesgemäßer“ Nutzung beizubehalten, wurde von der Regierung schroff abgelehnt. Als der Direktor des Kunstmuseums am Alten Garten, Walter Josephi, ein Schlossmuseum ins Gespräch brachte, blieb Friedrich Franz skeptisch. Aber diese Lösung war ihm allemal genehmer, als das Schloss allein als Behördensitz genutzt oder es gar von wohnungslosen Kriegsheimkehrern bevölkert zu wissen.

Bereits kurz nach der November-Revolution ließ die Regierung Gemälde, Silber, Porzellan und die Kunst-Möbelstücke aus dem Schloss ins Museum am Alten Garten schaffen. Sie sollten am Ende dennoch Eigentum des Großherzogs bleiben. Als Ende 1919 feststand, dass Friedrich Franz zwar das Schloss, nicht aber dessen Inventar hergeben musste, begann von Rantzau, die besten Stücke für das Schloss in Ludwigslust auszusortieren, wohin sie nach und nach mit schwer gepackten Pferdefuhrwerken geschafft wurden. Einfache Einrichtungsgegenstände verkaufte er zu günstigen Preisen ans Hofpersonal. Die Zimmer- und Küchenmädchen bekamen als Zugabe einen Stapel Tischdecken und Geschirrtücher. Für ein neues Säuglingsheim in Schwerin gab er Kleiderschränke, eine Kommode und Bettdecken her. Nippes aus den Glasvitrinen durfte das Schweriner Annahospital auf einem Weihnachtsbasar verkaufen. Manche Tische, Stühle und Schränke kaufte die Regierung an, um die Büros einzurichten. Selbst über Lampen und Glühbirnen wurde verhandelt.

Im April 1921 hatte von Rantzau das Schloss so gut wie geräumt. Nur die Kronleuchter, drei große Spiegel und die Bibliothek blieben vorerst als Leihgabe in Schwerin. Auch „die so genannte Polterkammer wird in diesen Tagen vollständig ausgeleert sein“, schrieb der Oberhofmarschall an Friedrich Franz IV. Schlosskennner vermuten, dass es sich bei der Polterkammer um das Petermännchen-Zimmer handeln könnte.

**Andreas Frost**



(Adressfeld für Abonnenten)



Am 26. März stattete der Botschafter der Schweizer Eidgenossenschaft, S. E. Tim Guldimann, dem Landtag Mecklenburg-Vorpommern seinen Antrittsbesuch ab. Unmittelbar nach dem Empfang durch die 1. Vizepräsidentin des Landtages, Beate Schlupp, trug sich der Botschafter in das Gästebuch des Landtages ein. Im anschließenden Gespräch hob Guldimann die touristischen Qualitäten von Mecklenburg-Vorpommern hervor, die er bereits persönlich kennen und schätzen gelernt habe. Er regte an, die Zusammenarbeit zwischen Hotels in der Schweiz und in Mecklenburg-Vorpommern auszubauen. So könnten im Rahmen von Hotelpartnerschaften ganzjährige Beschäftigungsverhältnisse entstehen, welche von der unterschiedlichen saisonale Ausrichtung Mecklenburg-Vorpommerns und der Schweiz profitieren.



Eine hochrangige Delegation aus dem nordafrikanischen Tunesien besuchte am 29. März den Landtag und führte Gespräche mit Abgeordneten. Die Regierungsvertreter, Abgeordneten und Journalisten hielten sich im Rahmen des Gästeprogramms des Auswärtigen Amtes in Deutschland auf und waren gezielt nach Schwerin gekommen, um Gespräche mit ostdeutschen Politikern zu medienpolitischen Fragen zu führen. Von Interesse war dabei insbesondere die Entwicklung der Medien im Nordosten Deutschlands seit 1990. Deshalb besuchte die Gruppe auch die Landesmedienanstalt M-V, die Landeszentrale für politische Bildung und die Redaktion der Schweriner Volkszeitung.



Am 29. März begrüßte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin, Ralf Wieland, im Schweriner Schloss. An den Eintrag ins Gästebuch des Landtages schloss sich ein Gedankenaustausch zu bevorstehenden Beratungen der Präsidentinnen und Präsidenten aller deutschen Länderparlamente an. Auch die Öffentlichkeitsarbeit beider Häuser wurde angesprochen – hier insbesondere die Darstellung parlamentarischer Arbeit im Internet. Ralf Wieland war am 27. Oktober 2011 zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden und hatte den Besuch in Schwerin mit Antrittsbesuchen in Kiel und Hamburg verbunden.

Sieben Besucher aus dem thüringischen Saalfeld und eine Wahl-Schwerinerin mit Wurzeln an der Saale – allesamt in historischen Kostümen – haben am 11. April vor dem Schweriner Schloss das Interesse zahlreicher Touristen auf sich gezogen. Die Mitglieder der Gruppe pflegten die Tradition, unmittelbar nach Ostern verschiedene Schlösser zu besuchen. Fest zum Ritual gehört, sich in historischer Kleidung durch die jeweilige Stadt zu bewegen und das dortige Schloss zu besichtigen. Nach Wien, Salzburg, Dresden und Potsdam ging es in diesem Jahr nach Schwerin.